



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Weltwende

Stegemann, Hermann

Stuttgart, 1934

Demokratie und Diktatur

[urn:nbn:de:hbz:466:1-75363](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-75363)

Dieses Volksbegehren hat trotz der Ungunst der Umstände die erforderlichen Stimmen auf sich vereinigt, ist aber vom Reichstag abgelehnt und in der dadurch nötig gewordenen Volksabstimmung verworfen worden. Am 12. März 1930 nahm der Reichstag mit 265 gegen 198 Stimmen den Youngplan an. Die Erfüllungspolitik überlebte sich selbst.

Demokratie und Diktatur

Ein Szenenwechsel war die Folge. Wieder entzog sich, wie nach dem Abschluß der ersten Phase, die Sozialdemokratie der Verantwortung. Sie trat beiseite und ließ ihren Mitkämpfern wiederum die Last zurück. Das Kabinett Hermann Müller verschwand in der Kulisse.

Die Sozialdemokratische Partei tat diesen Schritt in einem Augenblick, der dem Nachfolger in der Macht keine Bewegungsfreiheit mehr ließ. Er konnte weder die Erfüllungspolitik auf einen Schlag einstellen noch sie gelassen fortsetzen, er konnte weder eine neue geartete Mehrheit bilden noch mit der alten regieren, er konnte weder neue Wege in der äußeren Politik beschreiten noch die altbegangenen wiederaufnehmen, er konnte weder Geld schöpfen noch Geld leihen, er konnte weder der Arbeitslosigkeit steuern noch sie durch einen Akt aus der Welt schaffen, er war und blieb der Gefangene einer Politik und einer Entwicklung, die außen und innen am Ende ihrer Bahn angekommen waren und dennoch nicht verlassen werden konnten, ohne daß die Nation geschlossen für eine neue Politik eintrat. Daran war damals nicht zu denken.

Es war die Stunde Brünings, des besten Mannes, den das Zentrum als Mittelpartei dem Reiche zu stellen hatte: die Stunde des Mannes, der zu spät gerufen wurde und trotzdem noch Zeit genug zu haben glaubte, diese ganze erderschütternde Politik in einer Schachaufgabe einzufangen und diese, über das Brett gebückt, scharfsinnig grübelnd Zug um Zug abzuwandeln und unabhängig vom Gang der Uhr zu lösen.

Brüning hat zwei Jahre um die Befreiung seiner eigenen Politik aus den Fesseln der Koalition und um die Befreiung Deutschlands

aus den Fesseln der Erfüllungspolitik und des sozialen Notstandes gerungen, ohne die Plattform zu verlassen, auf der er als Zentrums-
mann, an die Tradition gebunden, den Kampf führen mußte. Er kam
dadurch zu einer Frontstellung gegenüber den Deutschnationalen und
dem Nationalsozialismus. So blieb ihm nur die Möglichkeit, die
neugebildete christlich-konservative Gruppe und die bürgerlichen
Splitterparteien zu sich herüberzuziehen und mit diesen und dem
Zentrum eine Regierung zu bilden. Es war das letzte, nach parla-
mentarischen Gesichtspunkten geordnete große Kabinett der Wei-
marer Republik, das erste, das behaupten durfte, von keinem Ru-
liffenbündnis abhängig zu sein.

Dieses Kabinett besaß nur einen Gegner, der eine klare, von den
Umständen unabhängige Stellung einzunehmen wagte: den Natio-
nalsozialismus. Sozialdemokraten und Kommunisten setzten sich bloß
taktisch mit ihm auseinander, indem sie ihm ihr Mißtrauen aus-
sprachen, die Deutschnationalen blieben in inneren Streitigkeiten
hangen, die NSDAP aber blieb auf ihren Grundsätzen stehen.

Brüning wäre nicht in der Lage gewesen, sich zu diesem unübersicht-
lichen Kampf zu stellen, wenn nicht Hindenburgs ragende Ge-
stalt hinter ihm gestanden hätte. Dieser hatte in ihm den ersten aus
der Front hervorgegangenen Kanzler gefunden. Aber der Staatsmann
der Mitte kämpfte einen aussichtslosen Kampf. Das deutsche Volk
war des klügelnden Spiels müde. Erdrückt unter Schulden, von der
Konjunktur im Stich gelassen, um Ausfuhr und Arbeit betrogen und
bis in die Tiefen aufgewühlt, rang dieses Volk nicht mehr um die
Aufstellung eines fragwürdigen Staatshaushalts und noch frag-
würdigerer Reformen, ja nicht einmal mehr um das nackte Dasein,
sondern, aus tieffster Not nach den Sternen greifend, um eine neue
Lebensform und eine ideale Zielsetzung. Es war innerlich damals
schon zur Revolution bereit. Bolschewistische oder nationalistische
Revolution, das einzig war noch die Frage.

Der Reichstag war noch nicht zu dieser Erkenntnis durchgedrun-
gen. Er erging sich noch in fruchtlosen Versuchen, ein Budget aufzu-
stellen, und zerriß Entwurf um Entwurf, bis Brüning, des langen
Haders müde, aber nicht gewillt zu weichen, ihm die Waffe eines von
den Kommunisten eingebrachten Mißtrauensantrags aus der Hand

schlug, indem er am 18. Juli 1930 zur Auflösung des Parlaments schritt.

Es war der Auftakt zu einer Politik der Autorität, die noch nicht daran dachte, die Verfassung zu zerbrechen, aber bereit war, ihr alle Waffen zu entziehen und diese zu dem entsprechenden Gebrauch zuzuschleifen, um sich zu behaupten und den vorgezeichneten Weg in größerer Freiheit weiterzugehen. Deutschland geriet unter das Regiment der Notverordnungen, das Reich ergab sich der demokratisch bemäntelten Diktatur. Es war das Äußerste, was ein durch seine Weltanschauung auf die Legalität verpflichteter Staatsmann unter solchen Umständen tun konnte.

Die Würfeln fielen am 14. September 1930 in der Reichstagswahl. Sie wurden zwar noch über den Parteien geschüttelt, aber schon auf einer höheren Ebene geworfen. Eine Staatskrise harrete der Lösung, und „Volk oder Staat“ lautete die Parole. Der Staatsgedanke ist in der Abstimmung dem elementareren Wert erlegen. Das Volk ergoß sich in zwei Riesenwellen nach den Flügeln. Die staatsbürgerliche Mitte wurde bis auf das Zentrum weggerissen, links standen 4,5 Millionen Kommunisten und 8,5 Millionen Sozialdemokraten, rechts 6,25 Millionen Nationalsozialisten und 2,5 Millionen Deutschnationale, in der Mitte das Zentrum mit Zugewandten in der Stärke von 6,2 Millionen. Es war der entscheidende Wurf.

Die Nationalsozialisten waren zur zweitstärksten Partei geworden, sie allein außer den Kommunisten in voller Bewegung. Adolf Hitler stand vor den Toren der Macht. Dahinter verschwand alles andere. Aber ganz aus der Adlerschau betrachtet, ergab sich ein noch größerer Aspekt. Es war nicht nur eine Staatskrise, sondern es war schlechthin eine Ausscheidung nach Weltanschauungen erfolgt.

Von Versailles und Genf aus gesehen aber lag der Akzent auf der nationalistischen Note, deren eherner Klang den Aufbruch der deutschen Jugend zur Wiederherstellung der Ehre und der Gleichberechtigung der deutschen Nation verkündete. Die Erfüllungspolitik war ins Herz getroffen.

Als Brüning die Lage von der Höhe des Zentrumsturms aus überblickte, standen ihm zwei parlamentarische Möglichkeiten vor

Augen. Er konnte die Sozialdemokratie noch einmal zur Mitarbeit fordern oder eine Verständigung mit den Nationalsozialisten suchen. Aber selbst wenn er hüben oder drüben Anlehnung gefunden hätte — um seine Führung wäre es in beiden Fällen geschehen gewesen.

Ein Versuch, die Deutschnationalen näher heranzuziehen, um eine Abstützung nach rechts zu finden, war zum Scheitern verurteilt, weil das Zentrum Hugenburgs Forderung, sich in Preußen von der Sozialdemokratie zu trennen, nicht erfüllen konnte, ohne die letzte große Reduitstellung zu zertrümmern, die die Weimarer Koalition noch besaß und durch die sich Brüning gedeckt fühlte, wenn er im Reichstag aus der Mitte regieren mußte. So blieb ihm nichts übrig, als den Kampf anzunehmen, wo er stand, und seine Schlüsselstellung inmitten der einander bekämpfenden Heerhaufen zu behaupten. Solange Hindenburg hinter ihm ragte und bereit war, seinen lapidaren Namenszug unter die Dekrete zu setzen, die dem Kanzler im Falle der Not den Reichstag in die Hand gaben oder ihm diktatorische Gesetzesgewalt verliehen, vermochte Brüning diese Stellung im dichtesten Gewühl zu halten, denn die Sozialdemokratie konnte ihn nicht stürzen, ohne sich selbst unter den Trümmern des Systems zu begraben.

Brüning hat diesen Kampf noch anderthalb Jahre bestanden, dann ging die Woge über ihn weg.

*

Die Rolle Brünings darf nicht an den Kämpfen um die Macht und an den verzwirnten und gestückelten Einzelhandlungen gemessen werden, zu denen der Reichskanzler im Laufe der Zeit in der innern Politik getrieben wurde, sondern sie empfängt ihre Signatur von der großen entscheidenden Wendung, die er der äußern Politik des Reiches noch vor seinem Falle gab. Im Kampf um den Gestaltwandel Deutschlands war ihm keine andere Rolle zugeteilt worden als die des Wellenbrechers, an dem die Woge sich erraffte, um zu ihrer vollen Kraft anzuschwellen, aber im Kampf um die Befreiung Deutschlands von den würgenden Fesseln des Vertrags von Versailles und der Tributverknechtung ist er berufen worden, in letzter Stunde, kurz vor dem völligen Zusammenbruch der Welt,

das Prinzip der unheilvollen französischen Sicherheitspolitik zu erschüttern und England für eine regsamere und verständnisvollere Vermittlung in der Abrüstungsfrage zu gewinnen.

Als Brüning am 13. Oktober 1930 vor den neugewählten Reichstag trat, dämmerte das Ende der Erfüllungspolitik. Er erklärte, daß die Erringung der nationalen Freiheit und der moralischen und materiellen Gleichberechtigung das höchste Ziel jeder deutschen Außenpolitik sei und daß der Weg zur Verfolgung dieses Zieles der des Friedens bleibe und erinnerte daran, daß die einst Deutschland von Woodrow Wilson gegebenen Versprechungen nicht innegehalten worden seien und daß auch das von den Vertragsmächten in Versailles niedergelegte Versprechen, der Abrüstung Deutschlands die freiwillige allgemeine Abrüstung folgen zu lassen, bis anhin nicht der Verwirklichung nähergebracht worden sei. Er wagte den Faden nicht abzureißen, aber er schlug den letzten Knoten ein. Nach ihm aber meldete sich der Wortführer der 103 Braunhemden, die in diesen Reichstag eingezogen waren, und sprach hierzu die ganz im seelischen Bereich beheimateten Worte:

„Wir verlangen die Wiederherstellung der deutschen Ehre und darum Vernichtung des Diktates von Versailles und die Vernichtung aller jener Diktate, die auf der Kriegsschuldfrage beruhen.“

Es war das Bekenntnis einer jungen Partei, das sich in diesen Forderungen Bahn brach und kein Ressentiment verbarg, keine Zielsetzung scheute. Es war schon „Volkes Stimme“, die da zum Reichstag sprach und das Echo der Straße hereintrug, die damals schon vom Kampf um Deutschland widerhallte.

Man wird immer zu den erschütterndsten und eindrucksvollsten Erscheinungen des öffentlichen Lebens einer Nation gerufen, wenn man diese in den Werdestunden eines neuen Gestaltwandels aufsucht, aber keinem Volke sind die Erlebnisse verwirrender und überwältigender zugemessen worden als dem deutschen in dieser seiner Schicksalsstunde; kein Volk erlebte sie so schicksalhaft bedingt.

Kein Volk ist von Anfang an so ganz von seinem Gestaltwandel erfaßt worden wie das deutsche, keine Revolution ist so von der ganzen Nation erlebt worden. Es war von Anfang an eine kollektivistische Er-

scheinung und vorbestimmtermaßen eine nationale und eine soziale Revolution.

Während Brüning mit den unsäglich angewachsenen Schwierigkeiten der Geld-, Brot- und Arbeitsbeschaffung rang, ohne sie lösen zu können, und im Kampf um die Macht immer mehr auf den Reichspräsidenten zurückgedrängt wurde, kämpfte der Nationalsozialismus mit Sozialdemokraten und Kommunisten um den Besitz der Straße. Hitlers Leutnant, Dr. Goebbels, eroberte der Nationalsozialistischen Partei die Reichshauptstadt Berlin.

In diesem Kampfe, der durch das ganze Reich getragen wurde und kein Dorf vergaß, streute die Partei den Samen der Zukunft aus. Ihre braunen Bataillone mehrten sich von Tag zu Tag. Zu Ende des Jahres 1930 standen schon 300 000 Mann unter Hitlers Fahnen. Die Sozialdemokratie setzte 160 000 Reichsbannerleute dagegen, aber da diese keine neue Devise auf die Straße trugen, blieb ihnen in diesem eigentümlichen Kampfe um die größere Massenbildung der weitere Zulauf versagt. Die Kommunisten nahmen den Kampf in ihrem Bereich mit allen Mitteln auf und suchten sich des Vordringens der Braunhemden mit der Waffe zu widersetzen. Aber gerade das ist ihnen zum Verhängnis geworden. Für jeden Nationalsozialisten, der auf einem Werbemarsch durch ein Rotfrontquartier erschossen wurde, sprangen hunderte ein. Die Opferbereitschaft hat dem Nationalsozialismus in diesem Kampfe vor allen anderen Parteien den Sieg gebracht. Das ethische Pathos der Bewegung riß die jungen Menschen hin, und die Treue zum Führer wurde zum Glaubensbekenntnis einer Generation. Als die Bewegung in dem Marschlied des jungen, von Kommunisten niedergeschossenen Werkstudenten Horst Wessel ihre „Marseillaise“ erhielt, fehlte ihr nichts mehr zur Anfeuerung der nachwachsenden Geschlechter.

Brüning suchte dem Kampf um den Besitz der Straße vergebens ein Ende zu machen. Er wurde dadurch nur noch mehr in Opposition zu der ganzen, von rechts andrängenden Bewegung gebracht. Aber auch in den ihm noch zugewandten Kreisen erwuchs ihm Feindschaft, denn kein Mittel zur Abstellung der Not wollte fruchten. Als der Kanzler die Unmöglichkeit erkannte, mit der Opposition im Reichstag fertig zu werden und deshalb die Geschäftsordnung und das Presse-

gesetz beschneid, kam es zum Auszug der gesamten Opposition aus dem Parlament. In diesen Parlamentskämpfen wurde die Sozialdemokratie vollständig von ihren Grundsätzen abgetrieben. Da sie Brüning nicht fallen lassen konnte, mußte sie ihre Stimmen nach seinem Gefallen lenken. So konnte Brüning noch Gesetze unter Dach bringen, die sonst keine Mehrheit mehr gefunden hätten. Als auch diese Prozedur zu Schaden kam, zog sich der Kanzler vom Reichstag auf den Reichsrat zurück, und als auch dieses Mittel versagte, sandte er das Parlament im März 1931 nach Hause und rief den Notstandsparagraphen der Verfassung an. Damit war der entscheidende Schritt zu einer Diktatur hin getan, die ihre Kraftfülle einem vieldeutigen Paragraphen und der Unterschrift Hindenburgs entnahm.

*

Brüning suchte in diesen Kämpfen den Notstand des Volkes zu lindern und das Reich zu stärken und durch Gesetze und Notverordnungen auf eine Besserung hinzuwirken. Aber im Grunde blieb alles ein Kampf um die Macht, und dieser Kampf war für ihn verloren, wenn er das Vertrauen Hindenburgs verlor. Er war also kein Diktator, sondern nur der Beauftragte des Reichspräsidenten und als solcher nicht der Führer seiner Partei, der einzigen, die noch geschlossen zu ihm hielt, die aber in ihrer Schlüsselstellung eingemauert stand und keine Bewegungsfreiheit mehr besaß. Hätte das Zentrum nicht noch mit den Sozialdemokraten zusammen Preußen beherrscht, so wäre es selbst in dieser Stellung bedroht gewesen. Deshalb hielt das Zentrum in Preußen noch an der Koalition fest, deshalb scheuten die Sozialdemokraten im Reich vor dem Sturze Brüning zurück. Stürzten sie ihn, so brach das Zentrum, Schlag um Schlag zurückgehend, in Preußen die Koalition. Dann war die Sozialdemokratie überall und für immer aus der Macht geworfen. Und das war in diesem Falle und angesichts der nationalsozialistischen Bewegung gleichbedeutend mit dem Zusammenbruch der Partei. Das Zentrum aber konnte sich aus dieser Verklammerung nicht lösen, weil Hugenberg sich ihm versagt hatte und Hitler auf dem Austrag des Kampfes um die ganze Macht beharrte.

Die Opposition der Deutschnationalen und Nationalsozialisten kannte diese Zusammenhänge wohl und richtete daher ihre Angriffe immer mehr gegen die Preußenregierung, um das ganze System von hier aus zu Fall zu bringen.

Darob entbrannte der letzte Kampf, der von der Sozialdemokratie noch mit ganzem Herzen geführt wurde. Ihre Führer Braun und Severing haben als Ministerpräsident und Minister des Innern in Preußen dieses letzte stolze Bollwerk der marxistischen Herrschaft zäh und rücksichtslos verteidigt. Dieser Kampf lief neben dem Kampf im Reich und im Reichstag her, beherrschte diesen aber aus der strategischen Perspektive. Auch er wurde von beiden Seiten auf zwei Fronten geführt. Sozialdemokratie und Zentrum fochten gegen die Kommunisten auf der einen und gegen Nationalsozialisten und Deutschnationale auf der anderen Seite, und Nationalsozialisten und Deutschnationale fochten gegen die Kommunisten hier und gegen Zentrum und Sozialdemokraten dort. Da die Kommunisten aber in Preußen wie im Reiche nach Gefallen und Bedürfnis die Front wechseln und von Fall zu Fall zu den Sozialdemokraten oder zu den Nationalsozialisten abschwenken konnten, blieb ihnen die volle Schwere des Kampfes erspart, bis die Sozialdemokratie aus der Macht geworfen war. Dann erst wurden sie vom Nationalsozialismus zum Kampf auf Leben und Tod gefordert und nun gezwungen, ohne Bundesgenossen zu fechten oder einen bolschewistischen Massenaufstand heraufzubeschwören und mit der Brandfackel Amok zu laufen.

Das Kabinett Braun suchte diesem Kampf im Juli 1930 durch die Erklärung, Kommunismus und Nationalsozialismus strebten den gewaltsamen Umsturz der bestehenden Staatsordnung an, eine neue Wendung zu geben, vermochten aber daraus keine Folgerungen zu ziehen. Das wurde deutlich, als Hindenburg die Aufhebung eines gegen den „Stahlhelm“ in Westfalen und am Rhein gerichteten Verbots erzwang und der „Stahlhelm“ im Februar 1931 zur Offensive überging.

Noch einmal betrat der „Stahlhelm“ als Vortrupp die politische Arena, um wiederum einem Volksbegehren Bahn zu brechen. Diesmal verlangte Seldte die Auflösung des preußischen

Landtags. Unterdessen eroberten die Nationalsozialisten Braunschweig, Mecklenburg und Oldenburg — es war kein Halten mehr im Volksbereich, wo die Bewegung einmal in Schuß gekommen war.

*

Das Jahr 1931 sah Deutschland in einem Chaos, in dem sich schon die Wehen der neuen Zeit ankündigten, das aber zugleich den Zusammenbruch der Wirtschaft offenbarte. Das Ausland hatte die Septemberwahlen des Jahres 1930 mit der Zurückziehung der Kredite beantwortet. Die Golddeckung der Reichsbank schwand wie Schnee an der Sonne. Ein ungeheurer Fehlbetrag lastete auf dem Haushalt des Reiches. Brüning suchte ihn durch eine Notverordnung zu beseitigen, die eine Milliarde Ersparnisse durch Kürzungen der Gehälter und der Entschädigungen für die Arbeitslosen erbrachte und Zoll- und Steuererhöhungen im Betrag von 700 Millionen vorsah. Den Gemeinden, die sich zu großen Ausgaben hatten verleiten lassen, wurde Staatsaufsicht angedroht oder gesetzt und überall die starke Hand gezeigt. Aber auch diese Maßnahmen konnten die Not nicht stillen, denn die deutsche Wirtschaft stand unter dem erbarmungslosen Druck der Politik, die nun von Frankreich gegenüber dem verblutenden und zugleich mit einer nationalen Revolution drohenden Deutschland angewendet wurde, um es bei den Tributen und in der Unterwürfigkeit festzuhalten.

Frankreich, das weder abrüsten noch auf seine vorherrschende Stellung verzichten wollte, trug den großen Prinzipienkampf um seine Sicherheit, der in Wirklichkeit ein Kampf um die Sicherung der in Versailles errungenen Machtstellung war, jetzt auf das Feld der Finanzen. Es bot seinen Goldschatz auf, um England und Amerika in Schach zu halten, damit sie Deutschland keine Konzessionen machten. Briand, der Vater der Vertrags- und Völkerbundspolitik, die Frankreichs Hegemonie mit friedlichen Mitteln befestigen sollte, kleidete die Furcht vor dem Gestaltwandel Deutschlands in die Erklärung, Frankreich werde bestrebt sein, aus dem deutschen Volk wenn auch keine befreundete, so doch eine friedliebende Nation zu machen, der Youngplan aber könne nicht abgeändert werden, denn er habe endgültigen Charakter.

Vergebens war Brüning nach England gefahren, um die Revision des Youngplans einzuleiten. Die englische Regierung teilte ihm mit, daß Amerika nicht dafür zu gewinnen sei und daß er sich mit dem im Vertrag vorgesehenen Moratorium begnügen müsse. Die Rede Briands war das Siegel unter die Erkenntnis, daß an die Revision als an eine Wiederaufrollung des politischen Problems noch nicht zu denken war. Aber im stillen war man in England nicht nur überzeugt, daß der Youngplan niemals erfüllt werden könne, sondern auch geneigt, sich von der französischen Politik zu entfernen. Doch bedurfte es dazu einer größeren Handlungsfreiheit, als England gegenüber Frankreich besaß. Der Faden, den Brüning nach England gesponnen, war zu zart, als daß man große Hoffnungen daran hätte knüpfen können. Deutschland mußte sich selbst helfen. Doch dazu war es nicht fähig, solange es noch die Folgen scheute, die ein großer, ganzer Entschluß mit sich bringen konnte.

Den Parlamentarismus hatte Brüning ins Schach manövriert, dieses subtile Spiel auf das internationale Feld zu übertragen, wo Frankreich die Schlüsselstellung innehatte, war ihm weder Kraft noch Zeit gegeben. Er hätte in Genf nicht nur Frankreich und Frankreichs Verbündete und Affilierte, sondern auch sein eigenes System gegen sich gehabt, denn Frankreich spielte dort seit der Rückkehr aus Locarno mit Glück und Geschick selbst die Rolle des Fabius Cunctator, um weder abrüsten, noch etwas nachlassen, noch Deutschland gleiche Rechte zugestehen zu müssen.

Die äußere Politik des Kabinetts Brüning hat von Anfang an unter einer Fehlkonstruktion gelitten. Sie war als eine Fortsetzung der Politik Stresemanns betrachtet, und ihre Führung deshalb auch Curtius, einem Parteifreund und Mitarbeiter Stresemanns, anvertraut worden. Das war falsch gedacht, denn da Stresemanns Politik schon in Genf große Enttäuschungen nach sich gezogen hatte und dann im Haag vollends gescheitert war, konnte sie weder fortgesetzt noch einem schwächeren Manne die Aufgabe gestellt werden, sie aus dem Grabe zu erwecken.

Stresemann hatte grundsätzlich die Verständigung mit Frankreich gesucht, um zugleich die Rheinlande zu befreien, und hierfür jedes Opfer gebracht. Damit war aber auch der Beweis geliefert worden,

daß Frankreich nicht daran dachte, die Verständigung auf der mittleren Linie zu suchen, sondern für jedes Abkommen den vollen, von ihm nach Belieben festgesetzten Preis forderte und auf seinen Positionen ausharrte.

Der Abmarsch vom Rhein war keine Konzession, sondern eine großzügige Refonzentration. Die französische Armee hatte sich von dem rheinischen Glacis auf die Lothringer Hochfläche zurückgezogen, aber die französische Politik verteidigte nun den Vertrag von Versailles, ihr Bündnisystem und ihre Revendikationen am Oberrhein und an der Saar und hielt von hier aus die demilitarisierten deutschen Zonen und ganz Mitteleuropa unter Aufsicht.

Deutschland konnte eine Verständigung mit diesem ganz auf sich zurückgezogenen Frankreich nicht mehr suchen, denn Deutschland hatte nichts mehr anzubieten, sondern nur noch zu fordern. Aber Deutschland durfte Frankreich auch keine Gelegenheit geben, von der Stärke dieser diplomatischen und militärischen Stellung Gebrauch zu machen. Dies um so weniger, als es selbst nach der Annahme des unerfüllbaren Youngplanes verwundbarer war als jemals zuvor.

Die deutsche Politik mußte sich daher auf das Gegenspiel einrichten und Frankreich in Genf an die Abrüstung und die Gleichberechtigung mahnen und ihre eigene Stellung durch eine engere Fühlungnahme mit England und Italien zu stärken suchen.

Das hätte der allgemeinen politischen Lage und der besondern Lage Deutschlands am besten entsprochen. Deutschland war ja trotz des Abschlusses des Vertrags von Locarno und trotz des Eintritts in den Völkerbund immer noch das Objekt der europäischen und interkontinentalen Politik, und im besondern das Objekt der französischen Politik. Je tiefer es in die Schuldknechtschaft und die Schuldenwirtschaft verstrickt worden war und je heftiger die innere Auseinandersetzung tobte, desto einschneidender wirkte diese Bindung. Sie hatte im Jahre 1931 schon bis zur völligen Ohnmacht und beinahe zum Absterben der Glieder des Reiches geführt. Nicht als Subjekt, sondern als Objekt trat das Reich 1931 vor seine Gläubiger, um Zahlungserleichterungen zu erlangen.

Als Deutschland unter solchen Umständen daran ging, mit Österreich eine Zollunion zu schließen, um seine und Österreichs unhalt-

bar gewordene ökonomische Lage zu erleichtern, lieferte es Frankreich den willkommenen Vorwand, sich als Verteidiger des europäischen Statuts vorzustellen. Deutschland spielte der französischen Diplomatie die Mittel zur Fortführung einer hegemonischen Politik in die Hand. Mitten in die Finanzkatastrophe, mitten in die subtilsten Verhandlungen, die Brüning mit der Emsigkeit einer Biene zusammentrug, platzte dieses Projekt wie eine Petarde, als wäre es bestimmt, die ganze Verhandlungsbasis in die Luft zu sprengen.

Frankreich hatte im Kampf um die Zahlungserleichterungen keinen leichten Stand gehabt, denn seine ablehnende Haltung war weder von England noch von Amerika gebilligt worden. Nun aber kam es zu einer großen Aktion, die dieser Beengung auf einen Schlag ein Ende machte. Es stellte dem Projekt sofort sein Veto entgegen und begründete dieses mit der Verteidigung des Vertrags von Versailles und des Prinzips der europäischen Zusammenarbeit, gegen die dieser in Geheimverhandlungen zustande gekommene Beschluß Deutschlands und Österreichs gröblich verstoße. Damit hatte Frankreich die Plattform gewonnen, auf der es seine hegemonische Stellung auf dem Kontinent neu befestigen konnte, indem es Deutschland eine diplomatische Niederlage bereitete, Österreich an seine Abhängigkeit mahnte und die Kleine Entente wieder enger an sich zog.

Frankreich hatte aber auch in der Frage der Zahlungserleichterungen und der Abrüstung Spielraum gewonnen. Es konnte seine ablehnende Haltung nun ganz anders begründen, so gesucht und zurechtgemacht diese Gründe auch erschienen. Es war auf einen Schlag wieder zu der zentralen und vorherrschenden Rolle gekommen, die es seit dem Jahre 1925 nur noch in den Kulissen hatte spielen können.

*

Brüning mußte die Niederlage hinnehmen, um nicht in den Verhandlungen über die Zahlungserleichterungen den Boden unter den Füßen zu verlieren. Es war in der kritischsten Stunde der äußern und innern Verwirrung. Der Kommunismus glaubte damals seine Zeit gekommen. Ganz Deutschland war von kommunistischen Geheimorganisationen überzogen, die bewaffnet und geschult

daß Frankreich nicht daran dachte, die Verständigung auf der mittleren Linie zu suchen, sondern für jedes Abkommen den vollen, von ihm nach Belieben festgesetzten Preis forderte und auf seinen Positionen ausharrte.

Der Abmarsch vom Rhein war keine Konzession, sondern eine großzügige Konzentration. Die französische Armee hatte sich von dem rheinischen Glacis auf die Lothringer Hochfläche zurückgezogen, aber die französische Politik verteidigte nun den Vertrag von Versailles, ihr Bündnisystem und ihre Revendikationen am Oberrhein und an der Saar und hielt von hier aus die demilitarisierten deutschen Zonen und ganz Mitteleuropa unter Aufsicht.

Deutschland konnte eine Verständigung mit diesem ganz auf sich zurückgezogenen Frankreich nicht mehr suchen, denn Deutschland hatte nichts mehr anzubieten, sondern nur noch zu fordern. Aber Deutschland durfte Frankreich auch keine Gelegenheit geben, von der Stärke dieser diplomatischen und militärischen Stellung Gebrauch zu machen. Dies um so weniger, als es selbst nach der Annahme des unerfüllbaren Youngplanes verwundbarer war als jemals zuvor.

Die deutsche Politik mußte sich daher auf das Gegenspiel einrichten und Frankreich in Genf an die Abrüstung und die Gleichberechtigung mahnen und ihre eigene Stellung durch eine engere Fühlungnahme mit England und Italien zu stärken suchen.

Das hätte der allgemeinen politischen Lage und der besondern Lage Deutschlands am besten entsprochen. Deutschland war ja trotz des Abschlusses des Vertrags von Locarno und trotz des Eintritts in den Völkerbund immer noch das Objekt der europäischen und interkontinentalen Politik, und im besondern das Objekt der französischen Politik. Je tiefer es in die Schuldknechtschaft und die Schuldenwirtschaft verstrickt worden war und je heftiger die innere Auseinandersetzung tobte, desto einschneidender wirkte diese Bindung. Sie hatte im Jahre 1931 schon bis zur völligen Ohnmacht und beinahe zum Absterben der Glieder des Reiches geführt. Nicht als Subjekt, sondern als Objekt trat das Reich 1931 vor seine Gläubiger, um Zahlungserleichterungen zu erlangen.

Als Deutschland unter solchen Umständen daran ging, mit Österreich eine Zollunion zu schließen, um seine und Österreichs unhalt-

bar gewordene ökonomische Lage zu erleichtern, lieferte es Frankreich den willkommenen Vorwand, sich als Verteidiger des europäischen Statuts vorzustellen. Deutschland spielte der französischen Diplomatie die Mittel zur Fortführung einer hegemonischen Politik in die Hand. Mitten in die Finanzkatastrophe, mitten in die subtilsten Verhandlungen, die Brüning mit der Emsigkeit einer Biene zusammentrug, platzte dieses Projekt wie eine Petarde, als wäre es bestimmt, die ganze Verhandlungsbasis in die Luft zu sprengen.

Frankreich hatte im Kampf um die Zahlungserleichterungen keinen leichten Stand gehabt, denn seine ablehnende Haltung war weder von England noch von Amerika gebilligt worden. Nun aber kam es zu einer großen Aktion, die dieser Beengung auf einen Schlag ein Ende machte. Es stellte dem Projekt sofort sein Veto entgegen und begründete dieses mit der Verteidigung des Vertrags von Versailles und des Prinzips der europäischen Zusammenarbeit, gegen die dieser in Geheimverhandlungen zustande gekommene Beschluß Deutschlands und Österreichs gröblich verstoße. Damit hatte Frankreich die Plattform gewonnen, auf der es seine hegemonische Stellung auf dem Kontinent neu befestigen konnte, indem es Deutschland eine diplomatische Niederlage bereitete, Österreich an seine Abhängigkeit mahnte und die Kleine Entente wieder enger an sich zog.

Frankreich hatte aber auch in der Frage der Zahlungserleichterungen und der Abrüstung Spielraum gewonnen. Es konnte seine ablehnende Haltung nun ganz anders begründen, so gesucht und zurechtgemacht diese Gründe auch erschienen. Es war auf einen Schlag wieder zu der zentralen und vorherrschenden Rolle gekommen, die es seit dem Jahre 1925 nur noch in den Kulissen hatte spielen können.

*

Brüning mußte die Niederlage hinnehmen, um nicht in den Verhandlungen über die Zahlungserleichterungen den Boden unter den Füßen zu verlieren. Es war in der kritischsten Stunde der äußern und innern Verwirrung. Der Kommunismus glaubte damals seine Zeit gekommen. Ganz Deutschland war von kommunistischen Geheimorganisationen überzogen, die bewaffnet und geschult

auf das Zeichen zum Losschlagen warteten. Im preußischen Landtag verkündete der Sprecher der Kommunistischen Partei, daß die Entscheidung über Deutschlands Zukunft auf der Barrikade erkämpft werden müsse. Die nationalsozialistischen Werbemärsche forderten blutige Opfer, die Staatsmacht, unfähig zwischen den Parteien zu unterscheiden, hielt sich, auf die Polizei gestützt und von der stumm im Hintergrund aufmarschierten Reichswehr beschirmt, nur noch mühsam am Ruder. Die vom Parlamentarismus gelöste, aber dem System verhaftete Diktatur kämpfte innen und außen einen verzweifelten Kampf um Zeitgewinn, ohne mit dem reißenden Strom der Entwicklung Schritt halten zu können. Schon brachen die Banken unter dem Ansturm der Gläubiger zusammen, schon flackerten in den Industriezentren kommunistische Aufstände auf, schon erhob sich das vom Fiskus ausgeplünderte Landvolk unter der alten Bauernfahne, schon rief die Industrie nach dem Retter aus bolschewistischer Bedrängnis und Todesnot.

Die Industrie hat damals den Weg zu Adolf Hitler gefunden. Sie besaß in Fritz Thyssen einen Vertreter, der diesen Weg nicht scheute, denn ihm hatte Hitlers Selbstsicherheit und überlegenes Führertum die Überzeugung eingeflößt, daß nur dieser die Massen beherrschende Mann noch imstande sein werde, das Chaos zu beschwören.

Hitler hat in diesen drangvollen Tagen und Monaten das Gegenpiel ganz auf den Ausbau der Organisation und die grundsätzliche Stellungnahme zu der Sturzflut der Ereignisse eingerichtet. Während der Parlamentarismus seinen Todeskampf kämpfte, eroberte er Stadt um Stadt, Land um Land und ließ die Kraft des Stimmzettels walten. Die hyperdemokratisierten Volksmassen wurden durch das zur Parteimasse zusammengeschlossene, undifferenzierte Volk aufgesprengt und an sich gezogen. Es war kein kalter Cäsarismus, der dieser Bewegung die Wege wies, sondern ein glühender Tribun, der sich als der Beauftragte des Volkes und des Schicksals fühlte.

Auf der Zinne des elfenbeinernen Turmes, der dieses flutende Geschehen überragte, aber stand immer noch der Mann, dem seine religiös gebundene Weltanschauung das Ausharren auferlegte. Brüning hoffte immer noch, der Revolution entgegenwirken zu können,

indem er das nach rechts und links verankerte Zentrum zusammenhielt und die zu Splintern zerschlagenen Mittelparteien um sich sammelte. Er hielt seine Stellung für stärker, als sie war. Sie ruhte eigentlich mehr auf ihm als er auf ihr.

Aber da er selbst nicht aus sich, sondern aus der Autorität Hindenburgs die Vollmacht zog, die ihm erlaubte, das Parlament so zu manövrieren, daß ihm immer noch, und zwar bis zum letzten Tage, 30 Stimmen Mehrheit zuflossen, stand er im tiefsten Grunde auf einem persönlichen Vertrauensverhältnis, das jeden Tag der Nachprüfung unterlag. Das ist ihm zum Schicksal geworden, als seine Politik keine Belastung mehr ertrug.

*

Im Januar 1931 hat Brüning noch einmal das Steuer der äußeren Politik herumgerissen, um aus dem Strudel des Zollunionkonflikts herauszukommen. Er überzeugte London und Washington vom erschütternden Ernst der deutschen Wirtschaftslage, mit der die der angelsächsischen Staaten auf das engste verknüpft war. Amerika kam zur Einsicht, daß der Zusammenbruch Deutschlands die amerikanischen Kapitalien verschütten und Mitteleuropa dem Bolschewismus öffnen werde, und entschloß sich zu handeln. Es machte sich den Gedanken an ein Moratorium zu eigen. Am 20. Juni 1931 gab Präsident Hoover bekannt, daß die Vereinigten Staaten vorschlugen, alle aus den Reparationen und den Relieffschulden fließenden Zahlungen zwischen den Regierungen auf ein Jahr einzustellen.

Die amerikanische Finanzwelt paßte sich dem Vorgehen des Staates an und beschloß, Deutschland 300 Millionen Dollars zu leihen, um ihm über das Schlimmste hinwegzuhelfen, wenn Hoovers Vorschlag von den Mächten angenommen werde. England und Italien stimmten zu. Frankreich aber stellte politische Forderungen auf, die ihm das ganze Spiel in die Hand gaben. Es ging ihm nicht um die Rettung, sondern um die Unterwerfung Deutschlands. Das Moratorium konnte ja nur Wandel schaffen, wenn Deutschland zugleich instand gesetzt wurde, sich wieder aufzurichten. Dazu bedurfte es neuer Mittel. Hier setzte Frankreichs Gegenangriff ein.

Als Brüning in Paris erschien, um die Verhandlungen einzuleiten, trat ihm die Verführung entgegen. Man erklärte sich bereit, ihm eine Anleihe von 2 Milliarden zu geben, wenn Deutschland Frankreich seine Zölle verpfände, seine Anleihenpolitik von Paris abhängig mache und sich noch einmal zu Versailles bekenne. Auf dieser Grundlage konnte kein deutscher Kanzler mehr verhandeln. So blieb es bei einer Fühlungnahme, die selbst diesem von Natur auf ein Geduldspiel eingerichteten Staatsmann keine Hoffnung ließ.

Nun kam es zu einer Staatenkonferenz in London. Aber auch diese mußte sich mit dem Notwendigsten bescheiden, denn Frankreich erschien mit dem festen Vorsatz, sich jeder Lösung zu versagen, die Deutschland wieder in den Sattel hülfte.

Die allgemeine Lage war so gespannt, daß die Geldmärkte ins Wanken gerieten. England hatte Österreich eine Anleihe gewährt, um das zusammenbrechende Land vor der Unterwerfung unter Frankreichs Finanzmacht zu bewahren und Frankreich in Mitteleuropa nicht zu mächtig werden zu lassen. Das vergalt Frankreich jetzt mit einem Angriff auf das englische Pfund. England, das seine Währung ohnedies nur mit Mühe verteidigte, sah binnen zehn Tagen 40 Millionen Pfund französischer Kredite nach Frankreich zurückfließen. Um dieselbe Zeit verlor die deutsche Reichsbank über eine Milliarde. Der französische Goldschatz wurde in Paris konzentriert, um die Politik des Landes zu stützen.

Die Konferenz kam unter solchen Auspizien nicht zum Ziel. Die mit Hoover einverständenen Staaten mußten sich mit einer Zwischenlösung zufrieden geben. Das Moratorium, das allen Vorteil brachte, wurde bewilligt, aber die Hilfe, die Deutschland wieder hätte aufkommen lassen, wurde versagt. Man erreichte nichts außer einer Kreditverlängerung und einem Stillhalteabkommen, das Deutschland vor völligem Verbluten bewahren sollte.

Die allgemeine Finanzpanik war so groß geworden, daß die überlasteten Banken zusammenbrachen. Die Ausfuhr, die schon lange durch fortgesetzte Steigerung der Zölle gedrosselt worden war, um vor allem dem Wettbewerb der deutschen Waren zu begegnen, kam zum Erliegen, der Handel aller Exportländer stieß sich an überfüllten Märkten, die Preise sanken so tief, daß die Warenerzeugung

sich nicht mehr lohnte. Nun rächte sich die Überindustrialisierung der weißen Länder, die mit hohen Löhnen arbeiteten, am weißen Mann. Nun kamen die exotischen Länder, die den hohen Lebensstand noch nicht erklommen hatten, als junge Exportstaaten in Vorschein. Damals nahm Japan den riesigen Aufschwung, der seine billigen Industrieprodukte über die halbe Welt ausbreitete und ihm Indien und Südamerika erschloß, während in Nordamerika, in England und vor allem in Deutschland die Arbeitslosigkeit Millionen ergriff. Nur das im Wettbewerb zurückgebliebene Frankreich trug leichtere Last, denn es war nicht nur mit Gold gesättigt, sondern konnte noch Hunderttausende fremder Arbeiter aus den Betrieben entlassen, ehe die nationalen Arbeitskräfte zum Feiern gezwungen wurden.

Die große Schrumpfung des Welthandels, die schon vor dem Weltkrieg gedroht hatte, weil die Welt für den rücksichtslosen Wettbewerb und die hemmungslose Erwerbslust des Maschinenzeitalters zu klein geworden war, nahm jetzt den Charakter einer Katastrophe an. Noch nannte man es eine Krise und suchte durch Behelfsmittel dieser Krise zu steuern, in der Hoffnung, sie nach einigen Monaten oder wenigen Jahren wieder abziehen zu sehen, aber im Unterbewußtsein der Völker regte sich doch schon die Überzeugung, daß ein Jahrhundert Weltwirtschaft nach einer Wucherblüte von phantastischem Ausmaß, wie von den Wurzeln gerissen, abdorrt und versank.

Und wieder war's wie im Weltkrieg, wieder entlud sich die Katastrophe zuerst über dem Haupte Germaniens als des Landes, das die Last aller trug, das aber auch, wenn es fiel, alle mit sich riß.

Diese aus politischen und wirtschaftlichen Komplexen geballte Katastrophe lastete in den heißen Sommertagen des Jahres 1931 so schwer auf Deutschland, daß das Ende Germaniens gekommen schien, aber der Lebenswille des deutschen Volkes erwies sich schließlich doch stärker als alle Not. Es wird ein Wunder bleiben, das sich vielleicht nicht zum zweiten Male begibt, wie Deutschland damals, im Kampf ums nackte Dasein befangen, die Kräfte fand, einen politischen Gestaltwandel zu vollziehen, der für sich allein den ganzen Lebensschwung einer Nation von geringerer Tragfähigkeit bis zum letzten Rest aufgebraucht hätte.

Als Brüning in Paris erschien, um die Verhandlungen einzuleiten, trat ihm die Verführung entgegen. Man erklärte sich bereit, ihm eine Anleihe von 2 Milliarden zu geben, wenn Deutschland Frankreich seine Zölle verpfände, seine Anleihenpolitik von Paris abhängig mache und sich noch einmal zu Versailles bekenne. Auf dieser Grundlage konnte kein deutscher Kanzler mehr verhandeln. So blieb es bei einer Fühlungnahme, die selbst diesem von Natur auf ein Geduldspiel eingerichteten Staatsmann keine Hoffnung ließ.

Nun kam es zu einer Staatenkonferenz in London. Aber auch diese mußte sich mit dem Notwendigsten bescheiden, denn Frankreich erschien mit dem festen Vorsatz, sich jeder Lösung zu versagen, die Deutschland wieder in den Sattel hülfe.

Die allgemeine Lage war so gespannt, daß die Geldmärkte ins Wanken gerieten. England hatte Österreich eine Anleihe gewährt, um das zusammenbrechende Land vor der Unterwerfung unter Frankreichs Finanzmacht zu bewahren und Frankreich in Mitteleuropa nicht zu mächtig werden zu lassen. Das vergalt Frankreich jetzt mit einem Angriff auf das englische Pfund. England, das seine Währung ohnedies nur mit Mühe verteidigte, sah binnen zehn Tagen 40 Millionen Pfund französischer Kredite nach Frankreich zurückfließen. Um dieselbe Zeit verlor die deutsche Reichsbank über eine Milliarde. Der französische Goldschatz wurde in Paris konzentriert, um die Politik des Landes zu stützen.

Die Konferenz kam unter solchen Auspizien nicht zum Ziel. Die mit Hoover einverständenen Staaten mußten sich mit einer Zwischenlösung zufrieden geben. Das Moratorium, das allen Vorteil brachte, wurde bewilligt, aber die Hilfe, die Deutschland wieder hätte aufkommen lassen, wurde versagt. Man erreichte nichts außer einer Kreditverlängerung und einem Stillhalteabkommen, das Deutschland vor völligem Verbluten bewahren sollte.

Die allgemeine Finanzpanik war so groß geworden, daß die überlasteten Banken zusammenbrachen. Die Ausfuhr, die schon lange durch fortgesetzte Steigerung der Zölle gedrosselt worden war, um vor allem dem Wettbewerb der deutschen Waren zu begegnen, kam zum Erliegen, der Handel aller Exportländer stieß sich an überfüllten Märkten, die Preise sanken so tief, daß die Warenerzeugung

sich nicht mehr lohnte. Nun rächte sich die Überindustrialisierung der weißen Länder, die mit hohen Löhnen arbeiteten, am weißen Mann. Nun kamen die exotischen Länder, die den hohen Lebensstand noch nicht erklommen hatten, als junge Exportstaaten in Vorschein. Damals nahm Japan den riesigen Aufschwung, der seine billigen Industrieprodukte über die halbe Welt ausbreitete und ihm Indien und Südamerika erschloß, während in Nordamerika, in England und vor allem in Deutschland die Arbeitslosigkeit Millionen ergriff. Nur das im Wettbewerb zurückgebliebene Frankreich trug leichtere Last, denn es war nicht nur mit Gold gesättigt, sondern konnte noch Hunderttausende fremder Arbeiter aus den Betrieben entlassen, ehe die nationalen Arbeitskräfte zum Feiern gezwungen wurden.

Die große Schrumpfung des Welthandels, die schon vor dem Weltkrieg gedroht hatte, weil die Welt für den rücksichtslosen Wettbewerb und die hemmungslose Erwerbslust des Maschinenzeitalters zu klein geworden war, nahm jetzt den Charakter einer Katastrophe an. Noch nannte man es eine Krise und suchte durch Behelfsmittel dieser Krise zu steuern, in der Hoffnung, sie nach einigen Monaten oder wenigen Jahren wieder abziehen zu sehen, aber im Unterbewußtsein der Völker regte sich doch schon die Überzeugung, daß ein Jahrhundert Weltwirtschaft nach einer Wucherblüte von phantastischem Ausmaß, wie von den Wurzeln gerissen, abdorrt und versank.

Und wieder war's wie im Weltkrieg, wieder entlud sich die Katastrophe zuerst über dem Haupte Germaniens als des Landes, das die Last aller trug, das aber auch, wenn es fiel, alle mit sich riß.

Diese aus politischen und wirtschaftlichen Komplexen geballte Katastrophe lastete in den heißen Sommertagen des Jahres 1931 so schwer auf Deutschland, daß das Ende Germaniens gekommen schien, aber der Lebenswille des deutschen Volkes erwies sich schließlich doch stärker als alle Not. Es wird ein Wunder bleiben, das sich vielleicht nicht zum zweiten Male begibt, wie Deutschland damals, im Kampf ums nackte Dasein befangen, die Kräfte fand, einen politischen Gestaltwandel zu vollziehen, der für sich allein den ganzen Lebensschwung einer Nation von geringerer Tragfähigkeit bis zum letzten Rest aufgebraucht hätte.

Es hieß aber auch das Schicksal herausfordern, wenn man angesichts eines solchen wirtschaftlichen Zusammenbruchs und solcher außenpolitischen Bedrückung den inneren Kampf um die Erneuerung der Nation rücksichtslos fortsetzte und in diesem Kampf das Letzte hergab. Doch das Schicksal hat sich in solchen Lagen immer zwingen lassen, denn es ist schließlich ja an die Sache selbst gebunden, die da durchgekämpft sein will.

*

Am 9. Juli 1931 beschlossen Hitler und Hugenberg, den Entscheidungskampf zur Niederringung des bestehenden Regierungssystems gemeinsam zu führen. Durch diesen Beschluß ist die Bewegungsfreiheit Hitlers nicht eingeengt worden. Die Deutschnationalen aber wurden damals näher an die Nationalsozialisten herangebracht, als ihrer Grundhaltung entsprach. In ihnen schlug keine revolutionäre Ader. Sie standen in einer Opposition, die sich aus der Reaktion gegen die staats- und wirtschaftspolitische Führung der Linken ergab, aber sie fußten auf einer Tradition, die ihnen das Hisfen eines revolutionären Banners verbot. Für sie kam also alles darauf an, ob sie stark und bewegungsfähig genug waren, sich in dieser Verbindung als Partei zu behaupten und je nach den Umständen der Nationalsozialistischen Partei ihre Unterstützung zu leihen oder zu versagen. Doch darüber entschieden Umstände, die sich nicht vorausbestimmen ließen, und Kräfte, die nicht von ihnen gelenkt werden konnten. Hugenberg hat damals auf Adolf Hitler gesetzt, aber ihm nicht eigentlich Sieg, sondern Platz gewünscht. Er täuschte sich über die Grundkräfte der Bewegung, die der große Volksmann im Reiche entfesselt hatte, und glaubte die statischen Kräfte des staatlich tief verankerten Preußentums gegenüber der Dynamik dieser freischwingenden völkischen Bewegung früher oder später zu Gewicht bringen zu können. Das war der tragische Irrtum dieses charakterfesten Mannes.

Als am 9. August in Preußen der Volksentscheid über das Begehren des „Stahlhelms“ nach Auflösung des Landtags erging, bestand dieses Abkommen zwischen den beiden Oppositionsparteien seine erste Probe. Der Entscheid fiel zuungunsten der Opposition,

da die Kommunisten der Urne ferngeblieben waren und, auf die ganze Wählerschaft berechnet, nur 37% für die Opposition gestimmt hatten, aber damit war auch deren Gefechtskraft erwiesen.

Die Sozialdemokratische Partei, die sich nur noch in opportunistischen Wendungen gefiel und von Tag zu Tag Anhänger verlor, sah sich nach diesem Entscheid zu terroristischen Maßnahmen getrieben, um ihre Wähler zusammenzuhalten. Aber gerade dieses paradoxe Verhalten sprengte ihre Reihen. Wenige Wochen später erfolgte der Auszug ihres linken Flügels, der sich als Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands auf eigene Füße stellte. Diese Demonstration enthüllte die ganze innere Schwäche der Partei.

Unterdessen suchte Brüning die Finanzkatastrophe durch eine Reihe einschneidender Maßnahmen zu beschwören. Es ist von ihm in dieser Hinsicht Erstaunliches geleistet worden, aber die politische Grundstimmung wurde durch diese drakonischen Staatsmaßnahmen naturgemäß nicht gebessert, sondern verschärft, zumal da sie nicht von den Regierungsparteien, sondern von der Opposition her bestimmt wurde. Dazu kam der große Fehlschlag auf dem außenpolitischen Gebiet. Die Niederlage, die Deutschland in Genf und im Haag erlitt, als die deutsch-österreichische Zollunion an Frankreichs Veto zu Fall kam, ohne daß Curtius gewagt hätte, seine Sache ernsthaft zu verteidigen, wirkte auf die innenpolitische Stellung des Kabinetts Brüning zerschmetternd zurück. Aber nun zeigte sich, daß Brüning, der Minister des ausgeflügelten parlamentarischen Spiels, auch eines großen Zuges fähig war. Er bot dem Reichspräsidenten den Rücktritt des Kabinetts an, empfing den Auftrag zur Umbildung der Regierung aus Hindenburgs Hand zurück und übernahm am 8. Oktober als Reichskanzler die Führung der Außenpolitik.

*

Das zweite Kabinett Brüning hat sich ausdrücklich von allen parteipolitischen Bindungen gelöst. Es wollte über den Parteien stehen. Aber es konnte die naturgegebene Verbundenheit mit dem Zentrum nicht aufheben, denn diese wirkte in Brüning's Sendung und Wesen fort. Trotzdem war dieses Kabinett in einem höheren

Sinn den Parteien wirklich nichts mehr schuldig. Es stand nunmehr ganz auf dem Vertrauen Hindenburgs. Das persönliche Vertrauensverhältnis des Reichskanzlers zum Reichspräsidenten schien jetzt durch die politische Konstruktion eines völlig frei von Brüning gebildeten Kabinetts untermauert. Aber der Reichskanzler war dadurch eher schwächer als stärker geworden, denn Brüning war dem Reichspräsidenten nun in höherem Maße persönlich verantwortlich. Er konnte das nur durch stärkere Anlehnung an das Reichspräsidentium ausgleichen. Das kam in der Haltung Brünings auch deutlich zum Ausdruck. Der Mythos Hindenburg ist gerade in dieser Zeit nach der politischen Seite hin neugeprägt worden.

Auf die Verfassung hin betrachtet, war das neue Kabinett noch weniger an den Reichstag gebunden als sein Vorgänger, aber es blieb noch mit dem demokratischen Prinzip verknüpft, indem es sich von Fall zu Fall einer Mehrheit bediente. Sollte sich diese ihm versagen, so konnte Brüning sich vom Reichspräsidenten mit diktatorischer Gewalt bekleiden lassen und dann von sich aus regieren, solange er dessen fähig war. Niemand zweifelte mehr daran, daß die Parteien der Mitte und der Linken, mit Ausnahme der Kommunisten, ihm, was an ihnen lag, eine Mehrheit stellen würden, um die Diktatur zu vermeiden und im Einvernehmen mit der Regierung die demokratische Fiktion aufrechtzuerhalten.

Die Opposition der Nationalsozialisten und Deutschnationalen war jedoch nicht gesonnen, dem Kanzler dieses kühne Spiel zu erleichtern. Sie erkannte, daß die Entscheidung nun in viel stärkerem Maße bei Hindenburg lag und daß der Kampf nun auf einer höheren Ebene ausgetragen wurde. Der Kampf um die Macht beherrschte jetzt alle wie immer gearteten Prinzipien.

Um über ihre Stellungnahme keinen Zweifel zu lassen, traten die beiden Oppositionsparteien mit dem Stahlhelm und verwandten Gruppen in Harzburg zu einer großen Tagung zusammen und forderten schlangweg den Rücktritt der Kabinette Brüning und Braun-Severing und Neuwahlen im Reich und in Preußen. Damit über den Sinn dieser Forderung kein Zweifel entstünde, erklärten sie sich ausdrücklich zur Übernahme der Macht und der Verantwortung bereit.

Auf dieser Tagung wurden aber auch die inneren Verhältnisse der Opposition geklärt. Zum ersten Male erschien die NSDAP als die absolut führende Partei. Sie stellte nicht nur die Hauptmacht, sondern wies auch Richtung, Weg und Ziel. Somit gebührte auch die Führung der gesamten Opposition ihrem Führer. Adolf Hitler hat diesen Anspruch ohne Zaudern geltend gemacht.

Als er auf dieser Tagung das Wort prägte, was jetzt vor sich gehe, sei ein Kampf um die Seele des deutschen Volkes, trug er den Kampf auf die transzendente Ebene. Er forderte nichts Beringeres als eine nationale Revolution, und von dieser aus eine Neuformung des Staates, der auf die neue soziologische Struktur dieses Volkes gegründet werden mußte. Er hat damit an den Kern der Dinge gerührt und die Zukunft des deutschen Volkes unmittelbar und ausschließlich zu der nationalsozialistischen Bewegung in Beziehung gebracht. Hugenberg, der von Bismarck herkam und auf Bismarck zurückblickte, konnte ihm da nicht folgen. Er konnte sich also auch nicht der Führung Hitlers unterstellen. Da er die Deutsch-nationale Partei aber herangeführt hatte, um mit der NSDAP gemeinsam zu schlagen, ergab sich aus dieser Lage ein Zwiespalt, der vielleicht noch überbrückt, aber nicht mehr anders beseitigt werden konnte als durch den Eintritt der Deutschnationalen in das nationalsozialistische Lager oder durch Verzicht auf die Koalition.

Der Nationalsozialismus ist also aus Harzburg in seinem Ansehen und seiner Werbekraft gestärkt zurückgekehrt, die Opposition als Gesamtheit aber erschien geschwächt, denn sie hatte sich als solche nicht zu der Führung Adolf Hitlers bekannt. Daraus zog, wie die Dinge lagen, nicht Hugenberg, sondern Brüning den Gewinn.

Brüning hat sich noch acht Monate im Amte behauptet und in der inneren wie in der äußeren Politik das große Geduldspiel zäh und klug noch weiter vorgetrieben, um das ungeheure Trümmerfeld abzuräumen, das die bis zur Selbstvernichtung durchgeführte Erfüllungspolitik über Deutschland ausgeschüttet hatte. Es ist unentschieden geblieben, ob es ihm möglich gewesen wäre, das Chaos zu entwirren, ohne zu revolutionären Mitteln zu greifen, und es ist fraglich, ob er die Fähigkeit besessen hätte, seine Züge so rasch und sicher hinzusetzen und sein Spiel so zu steigern, daß er, der Sturz-

flut des äußeren Geschehens voraneilend, der Entwicklung die Wege hätte weisen können, aber er ist doch vom Schicksal ausersehen worden, Deutschland auf der Scheide zweier Welten, im kritischsten Augenblick seines Gestaltwandels, einen Augenblick in der Schwebelage zu halten. Er hat den transitorischen Moment sichergestellt, der absterbendes mit neuerwachendem Leben vermählte. Das war, von seiner Weltanschauung aus gedacht, vielleicht die ihm von einem höheren Walten überbundene Aufgabe.

*

Die beiden großen Probleme, denen Brüning sich gegenüber sah, waren weder neu, noch waren sie einer Lösung nähergebracht worden. Sie bestanden immer noch in der Liquidation der Erfüllungspolitik und der Aufrichtung der deutschen Wirtschaft und lagen wie bisher ineinander verkrampft.

Als England im Herbst das Pfund von seiner Goldbasis löste, um den Zusammenbruch seiner Währung zu verhüten, wurde klar, daß es sich nicht mehr um deutsche Belange, sondern um ein Weltproblem handelte. England kam zur Einsicht, daß man von Deutschland keine politischen Schulden fordern könne, solange es die von ihm zum Zwecke der Tributablösung aufgenommenen Privatschulden nicht getilgt habe. Die Tilgung dieser Privatschulden war aber an sich schon so schwierig, daß nur noch die Streichung der Reparationen Rettung bringen konnte. Erst dann konnte der Kreislauf der Weltwirtschaft wieder in normale Bahnen gelenkt werden. Mussolini hat das schon lange gewußt. Auch Amerika entzog sich dieser Erkenntnis nicht, dehnte diese aber nicht auf das Verhältnis aus, das die Union zum Generalgläubiger der ehemaligen Alliierten gemacht hatte.

Nur Frankreich war nicht zu befehlen. Es wollte nicht befehrt sein, weil der Youngplan die politische Basis bildete, von der es Deutschland beherrschte, ohne zur Gewalt greifen zu müssen. Frankreich hat seinen Standpunkt in Verhandlungen mit Amerika, England, Italien und Deutschland noch einmal durchgesetzt und so abermals Zeit gewonnen, Zeit, die ihm allein zugute kam. Aber es war

wirklich nur noch ein Zeitgewinn. Brüning hatte keinen Zweifel darüber gelassen, daß Deutschland der Erfüllungspolitik ein Ende setzen werde. Als eine von der „Bank für internationale Zahlungen“ nach Basel einberufene Konferenz von Sachverständigen deutlich zum Ausdruck brachte, daß Deutschland alles tue, um seine privaten Verpflichtungen zu erfüllen, daß der Youngplan aber von der Entwicklung überholt sei, da er mit einem Anwachsen, nicht mit einer Schrumpfung des Welthandels gerechnet habe, war zu diesem Thema nichts mehr zu sagen. Mussolini faßte diese Erkenntnis in das kurze Wort: Es sei Zeit, die tragische Rechnung des Krieges abzuschließen.

Am 25. Januar 1931 traten die europäischen Regierungen in Lausanne zur Tributkonferenz zusammen. Deutschland hatte 68 Milliarden Reparationen bezahlt, es konnte und wollte keine Tribute mehr leisten. Aber wiederum gelang es Frankreich, Zeit zu gewinnen und die Plattform seiner Politik zu behaupten. Die Konferenz setzte einen neuen Termin und gab sich wieder einmal eine Nachfolgerin, der die Aufgabe gestellt blieb, „eine dauerhafte Regelung der aufgeworfenen Fragen zu treffen“.

Der Zähigkeit, mit der Frankreich an der Tributpolitik festhielt, wäre keine solche Dauervirkung beschieden gewesen, wenn die französische Macht nicht so fest in ihrer Rüstung und ihren Bündnissen dagestanden hätte. Solange an diese nicht gerührt wurde, konnte Frankreich Europa das Gesetz des Handelns vorschreiben. Seine Rüstungs- und Vertragspolitik aber wurde wieder durch das Festhalten an der Tributpolitik gestärkt. Das ganze System ruhte auf dem Vertrag von Versailles und der mit diesem gekoppelten Völkerbundsakte, die man im Laufe der Jahre so ausgelegt und abgewandelt hatte, daß sie mehr und mehr zu einem Instrument der französischen Politik geworden war.

Der Widerstand, den Frankreich in der Frage der Reparationen leistete, ging daher dem Widerstand, den es der allgemeinen Abrüstung entgegensetzte, zwangsläufig parallel. Eins stützte das andere. Im Besitze der magischen Formel von der Sicherheit, deren friedfertige Tendenz niemand leugnen konnte, war Frankreich imstande, jeden Angriff auf seine Rüstung abzuschlagen. Erst als Deutschland sich dasselbe Argument zu eigen machte und weniger auf das im

Vertrag von Versailles gegebene Abrüstungsversprechen der Sieger, als vielmehr auf den in der Völkerbundssakte enthaltenen Grundsatz der jedem Staate zukommenden Sicherheit und Gleichberechtigung abstellte, geriet diese Position ins Wanken. Aber auch hier kämpfte Frankreich mit vorbildlicher Geschicklichkeit um die Wahrung seiner vorherrschenden Stellung. Es forderte im Grunde nichts Geringeres, als daß ihm eine internationale Armee zur Gewährleistung seiner Sicherheit zur Verfügung gestellt werde. Frankreich zog damit für sich die äußersten Folgerungen aus dem von ihm maßgebend beeinflussten Genfer Vertragssystem.

Aber die Welt bewegte sich doch. Frankreich fand seit dem Jahre 1930 nicht mehr überall Verständnis. Es sah sich auf die Abwehr beschränkt, so fest es auch auf seinen Positionen stehen blieb. Die erste große Wendung vollzog sich im Juni 1931, als Frankreich in einer Denkschrift nochmals die nationale Sicherheit zum obersten Prinzip erhob, nochmals die Unterstellung aller Beschlüsse der Abrüstungskonferenz unter die internationalen Verträge, also vor allem unter den Vertrag von Versailles, forderte und nochmals ausdrücklich die Aufrechterhaltung der deutschen Abrüstung verlangte. Diese Wendung hätte vielleicht noch keine Folgen nach sich gezogen, wenn Frankreich nicht außer diesen Thesen noch den Satz aufgestellt hätte, es sei Aufgabe der Konferenz, ein politisches System der Sicherheit zu schaffen, durch das sich die Staaten gegenseitig sofortige und wirksame Unterstützung gewährleisten müßten. In diesem neu und scharf gefaßten Satz war der Gedanke der allgemeinen Abrüstung auf die Gewährleistung der französischen Machtstellung zurückgebracht worden. Man wollte die Abrüstung nicht um des Friedens willen, sondern um die französische Hegemonie in Waffen sicherzustellen.

Die Abrüstung verschwand hinter der Gewährleistung der Rüstung.

*

Nun wurde alles lebendig. England, Deutschland und Italien suchten sich in gegenseitiger Fühlungnahme über ein Problem zu verständigen, das jetzt zum Verfall der Weltwirtschaft in unmittelbare

Beziehung gebracht werden konnte. Es wurde dadurch einer Besprechung zugänglich, an der Deutschland in erster Linie beteiligt war. Brüning zog daher die Fäden dichter, die er nach London gesponnen hatte, um nun der deutschen Antithese „Sicherheit durch Abrüstung“ den Boden zu bereiten und die Gleichberechtigung Deutschlands zu fordern. Als Italien in Genf ein Rüstungsfeierjahr verlangte, um der französischen Aufrüstung entgegenzuwirken, zeichnete sich zum ersten Male eine gegen Frankreich gerichtete Front in der Abrüstungsfrage ab. Deutschland kam stärker zu Wort, und im November erklärte der deutsche Wehrminister, General Gröner, daß Deutschland sich nicht bei seiner Entwaffnung beruhigen könne, wenn die auf den 2. Februar 1932 einberufene Abrüstungskonferenz endgültig scheitern sollte. Das Kabinett Brüning war trotz der Ungunst der Umstände zum Angriff übergegangen.

Aber nun holte Frankreich zum Gegenstreich aus. Es zieh Deutschland im Hinblick auf den Stahlhelm und die Hitlerschen Sturmsharen der vertragswidrigen Aufrüstung und gab seinen Vertretern die These „Erst Sicherheit, dann Abrüstung“ als *conditio sine qua non* nach Genf mit auf den Weg. Zur Unterstützung dieser These diente eine Note, die nicht die Abrüstung, sondern die Internationalisierung der Rüstungen im Rahmen des Vertrages von Versailles zugunsten der Vormacht des Völkerbundes zum Ziel hatte. Aber es kam nicht so sehr auf den klug gefaßten, scharf zugespitzten Inhalt dieser Note an, als auf die Tatsache, daß Frankreich die Konferenz mit dieser Note völlig überraschte. Es hatte auf einen Schlag das Gefes des Handelns und Verhandeln an sich gerissen.

Die Konferenz hat den Felsblock, den die französische Diplomatie mit dieser Note in ihren Garten gewälzt hat, nicht mehr beseitigen können und sich schließlich an ihm zerstoßen. Am schlimmsten wurde dadurch die deutsche Sache getroffen. Brüning sah sich einer völlig veränderten Lage gegenüber und stand mit seinem Konzept allein. Er griff daher zu dem Mittel der dilatorischen Behandlung, um nicht zu einem Duell mit ungleichen Waffen gezwungen zu werden. Der deutsche Staatsmann hatte das Ohr der illustren Versammlung, und seine abgeklärte Rede, in der die Forderung nach Gleichberechtigung und einer allgemeinen, auf gleichen Grundsätzen ruhenden Abrüstung

akademischen Ausdruck fand, wurde lebhaft beklatscht, aber den Felsblock, den Lardieu hingewälzt, konnte er nicht bewegen.

Als der kluge, bis zur Askese vergeistigte Kopf von der Tribüne verschwand, war nichts verloren, aber auch nichts getan. Brüning hatte den Augenblick der großen Spannung ungenützt verstreichen lassen müssen, da er der Konferenz keine deutschen Vorschläge vorlegen konnte, ohne diese an der französischen Note geprüft zu haben. Als sie am 18. Februar überreicht wurden, fielen sie ins Leere.

Nun tat Frankreich den zweiten Schritt und rückte selbst den Stein des Anstoßes beiseite, ohne ihn zu entfernen, indem es den Antrag stellte, die Konferenz möchte ihren Beratungen den Konventionsentwurf zugrunde legen, der seinerzeit vom Völkerbund ausgearbeitet und von der vorbereitenden Konferenz angenommen worden sei, und die neuen Abrüstungsvorschläge im Rahmen dieses Vorentwurfes besprechen. Für den Komplex der Sicherheitsfragen aber sei ein besonderer politischer Ausschuß einzusetzen. Das hieß nichts anderes, als die Organisation der Sicherheit, die in der französischen Note auf internationale Basis gestellt worden war, der Abrüstung unlöslich verkoppeln. Der *conditio sine qua non* der französischen Politik war damit Genüge getan. Nadolny, der Sprecher Deutschlands, erhob sofort Widerspruch, aber da Englands Vertreter, Minister Simon, auf vorsichtige Vermittlung bedacht blieb und dieser Gebärde seine Zustimmung versagte, wohnt diesem Protest keine Kraft inne. Amerika und Italien waren zwar auch gegen den französischen Winkelzug aufgetreten, Lardieu bekämpfte jedoch vor allem den Einspruch des Deutschen und brachte das überlastete Schiff der Konferenz so ins Schwanken, daß Simon zum Nachgeben riet. Brüning konnte das Spiel nicht mehr halten, ohne die Anlehnung an England zu verlieren und gab deshalb, gestützt auf die persönliche Zusage Simons, daß Deutschland die Gleichberechtigung nicht vorzuenthalten werden dürfe, vor der Öffentlichkeit nach. Er nahm eine Schlappe in Kauf, um Deutschland auf dem Rückzug an England und Italien heranzuführen und der Forderung nach gleicher Berechtigung und gleicher Behandlung Nachdruck zu verleihen. Nadolny zog seinen Widerspruch zurück, Amerika und Italien folgten, die Konferenz vertagte sich, und die Entscheidung über alle Hauptfragen blieb

ausgesetzt. Weder über die Gleichberechtigung noch über die Beschränkung der Rüstungen waren bindende Entschlüsse gefaßt worden. Aber auch die französischen Sicherheitsforderungen blieben in der Schwebe.

Ein Gefühl allgemeiner Unsicherheit beherrschte die Welt, als die Konferenz sich vertagte. Sicher war nur eins, daß es kein Zurück mehr gab. Die Abrüstung war zum politischen Kardinalproblem geworden. Fraglich aber war, ob die Abrüstung zustande kommen werde, denn Frankreich hatte das Spiel, ohne dies zu wollen, so gewendet, daß sich der Gedanke einer Aufrüstung der völlig entwaffneten Staaten von selbst ergab. Er ergab sich als logische Schlußfolgerung aus der Beharrung auf einer Festsetzung der Rüstungen, die nur noch eine Einigung auf einer mittleren Linie offen ließ.

*

Als die Versammlung sich auflöste, hatte man das Gefühl, daß der europäische Kosmos in Bewegung gekommen sei. Darüber wurde Europa auch durch die plötzlich wieder auftauchende österreichische Frage belehrt.

Die letzten Tage der Konferenz waren schon durch Verhandlungen verschattet worden, die alle europäischen Mächte zu dem ungelösten Fragenkomplex des Donauraums in Beziehung brachten. Die Donauföderation, um die Frankreich sich seit der Aufteilung des Habsburgerreiches bemühte, wurde plötzlich vom Wiener Becken aus einer Nachprüfung unterworfen. Der finanzielle Zusammenbruch Österreichs, der dem Scheitern der Zollunion auf dem Fuße gefolgt war, hatte durch die englische Anleihe aufgehalten werden können, aber Österreich war dadurch nicht aus seiner beengten Lage befreit worden. Es blieb ein wirtschaftlicher Torso und lag allen politischen Einflüssen offen.

Die österreichische Frage ist zugleich eine deutsche und eine europäische Frage, ihrer politischen Struktur nach aber vor allem eine mitteleuropäische Frage meridionalen Charakters. Sie hat als solche von Anfang an alle Anrainer beschäftigt. Frankreich gehörte zu diesen nicht, aber es gründete seinen Anspruch auf die Verträge von Ver-

sailles, Neuilly und St. Germain, die die Existenz eines äußerlich unabhängigen Österreichs verbürgten, um dem französischen Einfluß den ganzen Donauraum offenzuhalten. Der nordtiroler „Korridor“ bildete, von Frankreich aus gesehen, die Fortsetzung eines neutralisierten Territoriums, das sich von der Rhonepforte durch die Schweiz bis Vorarlberg erstreckte, und der Staat der Österreicher ist, als Ganzes genommen, ein Querschlag durch den Donauraum, um diesen nicht ganz in die Hand eines mächtigeren Nachbarn, also Deutschlands oder Italiens, zu geben.

Deshalb hat Frankreich Österreich stets seine finanzielle Hilfe gedeihen lassen, deshalb hat es seit dem Jahre 1919 über Österreichs „Anabhängigkeit“ gewacht. Als Österreich im März 1932 wieder einmal am Ende seiner Kraft war und sich durch eine günstigere Gestaltung seiner Zollgrenzen Erleichterung zu verschaffen suchte, nahm Frankreich die Gelegenheit sofort wahr und drängte sich zwischen Österreich und Deutschland, um Deutschland vollends aus dem Spiel zu werfen. Cardieu bot Österreich eine neue Anleihe, wenn es sich mit der Kleinen Entente und Ungarn in einer Zollunion vereinige. Das wäre auf eine Wiedervereinigung des Donauraumes auf wirtschaftlicher Basis und unter französischem Patronat hinausgekommen.

Es war ein großer konstruktiver Zug in diesem Wirtschaftsplan, aber der Nachdruck lag auf dem politischen Akzent. Frankreich hätte dadurch seine vorwaltende Stellung auf dem Kontinent ausgebaut und sich dauernd zwischen Deutschland und Italien im Donauraum eingelagert. Das konnten sich die Mächte nicht gefallen lassen. Es kam daher zu einer Konferenz der vier Großmächte in London, auf der sich die Veränderung der europäischen Lage nun ganz klar abzeichnete. Frankreich lag immer noch im Angriff, Deutschland und Italien traten ihm in der Abwehr gegenüber, und England nahm den altgewohnten Platz am Zünglein der Waage wieder für sich. Der Oskident war aus der Nachkriegslage gesprengt, Deutschland in ihn einbezogen und Frankreichs Offensive zum Stillstand gebracht. Frankreich mußte das Projekt fallen lassen und beschied sich mit einem non liquet. Aber schon damals wurde die Neutralisierung Österreichs zur Frage gestellt, denn es war klar, daß der Gedanke der Föderation nun von Italien aufgenommen werden konnte. Wer

ihn aber auch aufnahm, der kam von vornherein gegenüber dem ohnmächtigen Österreich zu einer übergeordneten Stellung.

Aber diese Londoner Konferenz der vier Großmächte rief auch nach Mussolinis Viermächtepakt, denn die Tatsache, daß sie notwendig geworden war, um eine Spannung zu beseitigen, bewies, daß die vier Mächte nicht gegeneinander Politik machen konnten, ohne den Kontinent zu gefährden.

*

Die vier Großmächte, die, als europäische Mächte erfasst, im Frühling des Jahres 1932 zum ersten Male von der Abrüstungsfrage so in Bewegung gebracht worden waren, daß ihre Politik sich nach dieser als dem Prüfstein ihres nationalen Machtwillens und ihrer europäischen Gesinnung zu richten begann, waren sich der Gefährlichkeit der internationalen Lage wohl bewußt geworden. Aber keine war so in sich selbst gefährdet wie Deutschland, das mitten in seinem Stirb-und-Werde-Prozeß zur Verteidigung einer Machtstellung gezwungen war, die als solche eigentlich gar nicht bestand.

Der Kanzler eines Reiches, das über seiner Erfüllungspolitik zusammengebrochen und von einer Wirtschaftskatastrophe sondergleichen ereilt worden war, trat in Genf, in Lausanne, in Paris und London mit Forderungen hervor, die eigentlich nur dann mit Aussicht auf Erfolg verfochten werden konnten, wenn der Staatsmann vom ganzen Volke und dem gesammelten Willen der Nation getragen wurde.

Brüning wußte das, aber er wußte auch, daß der Kampf um die Errettung Deutschlands und der Kampf um die Macht in Deutschland ihn nicht davon abhalten durften, vor den Mächten als der Sprecher und der handelnde Staatsmann eines unzerstörbaren Reiches zu erscheinen. Er hat seine tragische Rolle ohne Pathos, aber auch ohne in die Kulissen zu horchen, und ganz von ihr erfüllt bis zum letzten Augenblick wahrgenommen, und trotz dieser Beanspruchung das Steuer der inneren Politik nicht aus der Hand gegeben.

Der Niedergang der deutschen Wirtschaft hatte sich allen Notmaßnahmen zum Trotz mit erschreckender Geschwindigkeit vollzogen. Alle Sünden, die in den Jahren der Scheinkonjunktur begangen worden waren, kamen über das Haupt der letzten Regierung, die das aus

der Weimarer Verfassung abgeleitete System sich noch zu geben vermocht hatte. Aber gerade die Maßnahmen, die das zweite Kabinett Brüning noch erfand, bewiesen auch, wie weit diese Regierung sich schon von den brüchig gewordenen Grundlagen einer versinkenden Zeit entfernt hatte.

Als Brüning im Spätherbst des Jahres 1931 einen Wirtschaftsbeirat berief, der beratenden Charakter hatte und der Regierung Vorschläge machen sollte, wie die Arbeitslosigkeit vermindert, die Erzeugungskosten verringert und die Kosten der Lebenshaltung herabgesetzt werden könnten, zwang er die formale Demokratie in den Dienst der autoritären Staatsführung. Der Wirtschaftsbeirat litt zwar unter der Divergenz der Interessen, die in ihm vertreten wurden, aber sein beratender Charakter machte es ihm unmöglich, sich zur Nebenregierung zu entwickeln. Als er die von ihm entworfenen Richtlinien an die Regierung zurückgab, hatte diese die Hände frei. Sie erließ eine neue, die vierte, Notverordnung und faßte in dieser die wichtigsten Maßnahmen „zur Sicherung der Wirtschaft und der Finanzen und zum Schutze des inneren Friedens“ diktatorisch zusammen. Löhne, Gehälter, Preise, Zinsen, Tarife und Steuern wurden gesenkt, die Zwangsversteigerungen auf dem Lande an 7/10 des Grundstückswertes gebunden und dem Schuldner ein Aufschub der Versteigerung von Rechts wegen zugebilligt, das Tragen von Uniformen und Parteiabzeichen verboten und die politische Propaganda eingeschränkt.

Der Staat, der schon tief in das Bankwesen und in die Industrie eingedrungen war, als es galt, diese vor dem völligen Zusammenbruch zu bewahren, griff also nun zu Mitteln, die ihm die Machtfülle des absolutistischen Regiments zurückgaben. Aber dieses große staatssozialistische Experiment war keine programmatische Erfüllung, sondern nur aus der Not geboren, die zwölf Jahre Fehlwirtschaft und Erfüllungspolitik über Deutschland gebracht hatten, und die Regierung, die diese schwere Verantwortung auf sich nahm, hatte im Volke keine Wurzeln. Das deutsche Volk, das sich durch den Winter tiefsten Mißvergnügens schlug, ließ diese Notverordnung über sich ergehen, aber seine Seele hatte sich schon von den täglichen Dingen abgewendet und stürmte, von den Wogen einer riesenhaft schwellenden Bewegung

getragen und diese zugleich mit sich reißend, einer Staatsumwälzung zu, die alles aus der mystischen Sphäre einer ungeheuren inneren Umkehr begriff.

Diesem Drang kam die große Wahlperiode entgegen, die im Jahre 1932 über Deutschland heraufzog. Die Amtszeit Hindenburgs lief ab, in Preußen und in anderen Ländern standen die Landtagswahlen bevor, und dahinter dämmerte die Neuwahl des Reichstags, die sich zwangsläufig aus der Regierungsunfähigkeit des Parlaments ergeben mußte, wenn Brüning die Zügel aus den Händen verlor. Durch diese Wahlen wurde die Zukunft vorbestimmt. In ihnen wurde der Kampf ausgekämpft, der ganz Deutschland seit dem Aufstieg des Nationalsozialismus und des Kommunismus in einen politischen Belagerungszustand versetzt hatte. Der Kampf um Deutschland ist damals in die entscheidende Phase getreten.

*

Die Umwandlung der soziologischen Struktur des deutschen Volkes hatte im Jahre 1931 infolge der nun offenkundig gewordenen Verarmung, der zunehmenden Schwächung des Besitzes und des Anschwellens der Arbeitslosigkeit so große Fortschritte gemacht, daß die Eingriffe der Staatsgewalt in das Erwerbsleben zu spät kamen, die alte Schichtenbildung auf einer tiefer gelagerten Grundfläche neu zu befestigen. Das Volk war zur Masse geworden, aus der nur noch wenige privilegierte Gruppen sich hervorhoben. Die Umwälzung war daher ganz an die Aufteilung dieser Masse gebunden. Wer den Begriff Volk neufasste und daraus eine Volksgemeinschaft schuf, die sich im Glauben an einen gottgesandten Führer den Opfer Sinn und die Lust des Gehorsams zu eigen machte, der trug den Sieg davon. Es war also kein Zweifel mehr, daß der Nationalsozialismus der Entscheidungsschlacht entgegenging. Aber noch waren die Gewalten nicht entthront, die Hitler den Zugang zur Macht versperrten. Die Frage spitzte sich daher dahin zu, wie diese sich zu verteidigen gedachten und wie sie sich zueinander verhielten, um dieser Aufgabe zu genügen. Und es kam vor allem darauf an, wie sich das Verhältnis des Reichspräsidenten zum Reichskanzler, genauer ausgedrückt,

das persönliche Verhältnis Hindenburgs zu Brüning, gestaltete und auslebte.

Brüning fühlte sich im Vertrauen Hindenburgs festgewurzelt. Er wußte, daß es sich um ein ganz persönliches Vertrauensverhältnis handelte, aber er glaubte auch einer gewissen inneren Übereinstimmung Hindenburgs mit seinen Maßnahmen und Methoden sicher zu sein. Er fühlte sich ihm durch das Prinzip der Autorität verknüpft und glaubte besonders auf die Abneigung des greisen Heerführers gegen alles Revolutionäre rechnen zu können. Aber er vergaß, daß der Reichspräsident nicht an ihn, sondern er als Reichskanzler an den Reichspräsidenten und an Hindenburgs viel mehr im Menschlichen als im Politischen verwurzelttes Vertrauen gebunden war.

Da die Amtszeit Hindenburgs im Frühling ablief, sann Brüning schon im Oktober darauf, wie die große Erschütterung vermieden oder doch gemildert werden könnte, die sich aus einer Neuwahl des Reichspräsidenten ergeben mußte. Darüber, daß der Feldmarschall von seinem hohen Amte nicht Abschied nehmen durfte, bestand bei ihm kein Zweifel. Er war der einzige, der die Last nach solchen Wandlungen und unter solchen Umständen noch tragen konnte. Er war auch der einzige, für den die Linke noch stimmte und an dem die Opposition der Rechten sich zerstieß, wenn diese nicht für eine Entpolitifizierung der Wahl zu gewinnen war.

Brüning hat alle Künste seiner Dialektik spielen lassen, um diesen Fährlichkeiten zu entgehen. Aber er brachte weder eine Verschiebung der Wahl noch eine Neuwahl durch Reichstagsbeschluß zustande. Zum ersten Male stieß er sich an der politischen Begabung und grundsätzlichen Härte Adolf Hitlers wund. Hitler erklärte, er sei nur dann bereit, über eine parlamentarische Wiederwahl Hindenburgs zu verhandeln, wenn zuvor der Reichstag neu bestellt werde. Brüning konnte darauf nicht eingehen, da er im alten Reichstag immer noch über eine kleine Mehrheit verfügte, die bei Neuwahlen nicht nur zerstoben, sondern auch von der Opposition abgelöst worden wäre. Als Hugenberg Hitlers Haltung beirat, fiel der Plan vollends dahin. Schließlich blieb dem Reichskanzler nichts übrig, als der Volkswahl den Lauf zu lassen, nachdem Hindenburg die Wiederannahme der Kandidatur erklärt hatte.

Noch einmal wurde der Kampf um Hindenburg mit verkehrten Fronten ausgetragen. Deutschnationale, Stahlhelm und Nationalsozialisten standen in der Opposition und beschloßen, mit einem eigenen Kandidaten ins Feld zu ziehen. Aber dieser Plan blieb Entwurf. Er wurde durch den Kampf um die Führung der Opposition beiseitegefegt.

Hitler forderte die Reichskanzlerschaft und die maßgebenden Ministerien für seine Partei und verlangte außerdem die Einordnung des Stahlhelms in die Organisation der SA, falls der Kandidat der Opposition den Sieg erringe. Er war sich seines Wertes und der Stärke seiner Partei bewußt und wollte nicht in Abhängigkeit geraten. Aber er tat der Entwicklung keine Gewalt an, sondern zog die Folgerungen aus der von Hugenberg in Harzburg selbst geschaffenen Lage. Der Diktator der Deutschnationalen Partei geriet dadurch in ein neues Dilemma. Er mußte sich Hitlers Anspruch unterwerfen oder sich von ihm trennen. Unterwarf er sich, so gab er die eigene Partei in Hitlers Hand, unterwarf er sich nicht, sprengte er die von ihm einst angebehrte Koalition. Da Hugenberg sich weder der von ihm selbst beanspruchten Führung begeben wollte noch die Deutschnationalen ihrer historischen Sendung entfremden konnte, blieb ihm nur die Aufrichtung einer eigenen Front übrig. Wieder sah er sich zu einem Abmarsch genötigt, aber dieser mußte nun bis zur Aufrichtung eines eigenen Lagers fortgesetzt werden. Die Harzburger Front löste sich auf, die Parteien der Opposition traten auseinander.

Und wieder waren es nicht die Nationalsozialisten, sondern die Deutschnationalen, die dadurch an Gewicht verloren, denn nun erschien Hitler als der Führer der vorwärts eilenden Bewegung selbst auf dem Plan. Er stellte sich trotz seiner Abneigung gegen das repräsentative Amt zum Kampf um den Stuhl des Reichspräsidenten. Er forderte also im Grunde für sich und seine Partei ein Plebiszit. Da Hugenberg diese Folgerung für sich nicht ziehen konnte, gewann er den Stahlhelmführer Düstterberg für eine aussichtslose Kandidatur der historischen Rechten und ging mit diesem in den ungleichen Kampf, um nicht ganz aus der Entscheidung geworfen zu werden. Es war die einzige Möglichkeit, die nicht-nationalsozialistische Opposition wieder zu sammeln und über ihre Stärke Gewißheit zu er-

langen, aber es war auch ein gefährliches Experiment, denn die Kalkulation reichte nicht über den ersten Wahlgang hinaus.

Als die Kommunisten ebenfalls einen eigenen Kandidaten aufstellten, war kaum daran zu zweifeln, daß ein zweiter Wahlgang stattfinden müsse. Die Wahl des Reichspräsidenten wurde dadurch zu einem untrüglichen Gradmesser der in Deutschland waltenden politischen Kräfte. Das deutsche Volk kam zu einer grundsätzlichen Auseinandersetzung und Adolf Hitler zu einem persönlich gefärbten Plebiszit.

Es wurde ein erbitterter Kampf. Die Sozialdemokratie führte ihn auf der sozialistischen Plattform und verteidigte unter der Parole: „Wählt Hindenburg als das kleinere Übel“, ihren Staat, das hieß ihre auf diesem Staate ruhende Machtstellung; das Zentrum und die Splitterparteien verteidigten die demokratische Diktatur, die den Einfluß der sozialdemokratischen Partei Schritt für Schritt zurückgedrängt hatte; die Kommunisten kämpften, um die klassenbewußten Marxisten beider Lager unter der Sowjetfahne zu vereinigen; die Deutschnationalen kämpften, um die nationalistischen Stimmen zu sammeln, und die Nationalsozialisten griffen an, um die Macht für sich zu erobern.

Die Person Hindenburg stand über dem Getümmel, es ging nicht um sie, aber ein tragischer Schimmer umfloß die ragende Gestalt des greisen Mannes, der zum Repräsentanten des deutschen Volkes geworden war und nun den Parteien im Kampfe der Generationen als Richtpunkt dienen mußte. Wäre er nicht so tief in seinem Pflichtgefühl verankert gewesen und so sehr davon überzeugt, daß er den Platz nicht räumen durfte, auf dem ihm, wie es auch kommen mochte, in dem kritischsten Augenblick doch die Entscheidung noch in die Hand gegeben war, so hätte er damals sicher seinen Rücktritt genommen. Auch er ging einen Schicksalsweg.

In diesem Wahlkampf hat Adolf Hitler, ganz Deutschland im Kraftwagen und im Flugzeug durcheilend, die deutsche Jugend fasziert und aber Tausende durch die Leidenschaft seines Wortes und den Einsatz seiner Persönlichkeit für sich gewonnen.

Die Wahl fand am 13. März statt. Als die Stimmzettel gezählt wurden, trugen 18,6 Millionen den Namen Hindenburgs und 11,3 Millionen den Namen Hitlers. Für den Kommunisten waren

Noch einmal wurde der Kampf um Hindenburg mit verkehrten Fronten ausgetragen. Deutschnationale, Stahlhelm und Nationalsozialisten standen in der Opposition und beschlossen, mit einem eigenen Kandidaten ins Feld zu ziehen. Aber dieser Plan blieb Entwurf. Er wurde durch den Kampf um die Führung der Opposition beiseitegefegt.

Hitler forderte die Reichskanzlerschaft und die maßgebenden Ministerien für seine Partei und verlangte außerdem die Einordnung des Stahlhelms in die Organisation der SA, falls der Kandidat der Opposition den Sieg erringe. Er war sich seines Wertes und der Stärke seiner Partei bewußt und wollte nicht in Abhängigkeit geraten. Aber er tat der Entwicklung keine Gewalt an, sondern zog die Folgerungen aus der von Hugenberg in Harzburg selbst geschaffenen Lage. Der Diktator der Deutschnationalen Partei geriet dadurch in ein neues Dilemma. Er mußte sich Hitlers Anspruch unterwerfen oder sich von ihm trennen. Unterwarf er sich, so gab er die eigene Partei in Hitlers Hand, unterwarf er sich nicht, sprengte er die von ihm einst angebehrte Koalition. Da Hugenberg sich weder der von ihm selbst beanspruchten Führung begeben wollte noch die Deutschnationalen ihrer historischen Sendung entfremden konnte, blieb ihm nur die Aufrichtung einer eigenen Front übrig. Wieder sah er sich zu einem Abmarsch genötigt, aber dieser mußte nun bis zur Aufrichtung eines eigenen Lagers fortgesetzt werden. Die Harzburger Front löste sich auf, die Parteien der Opposition traten auseinander.

Und wieder waren es nicht die Nationalsozialisten, sondern die Deutschnationalen, die dadurch an Gewicht verloren, denn nun erschien Hitler als der Führer der vorwärts eilenden Bewegung selbst auf dem Plan. Er stellte sich trotz seiner Abneigung gegen das repräsentative Amt zum Kampf um den Stuhl des Reichspräsidenten. Er forderte also im Grunde für sich und seine Partei ein Plebiszit. Da Hugenberg diese Folgerung für sich nicht ziehen konnte, gewann er den Stahlhelmführer Düstlerberg für eine aussichtslose Kandidatur der historischen Rechten und ging mit diesem in den ungleichen Kampf, um nicht ganz aus der Entscheidung geworfen zu werden. Es war die einzige Möglichkeit, die nicht-nationalsozialistische Opposition wieder zu sammeln und über ihre Stärke Gewißheit zu er-

langen, aber es war auch ein gefährliches Experiment, denn die Kalkulation reichte nicht über den ersten Wahlgang hinaus.

Als die Kommunisten ebenfalls einen eigenen Kandidaten aufstellten, war kaum daran zu zweifeln, daß ein zweiter Wahlgang stattfinden müsse. Die Wahl des Reichspräsidenten wurde dadurch zu einem untrüglichen Gradmesser der in Deutschland waltenden politischen Kräfte. Das deutsche Volk kam zu einer grundsätzlichen Auseinandersetzung und Adolf Hitler zu einem persönlich gefärbten Plebiszit.

Es wurde ein erbitterter Kampf. Die Sozialdemokratie führte ihn auf der sozialistischen Plattform und verteidigte unter der Parole: „Wählt Hindenburg als das kleinere Übel“, ihren Staat, das hieß ihre auf diesem Staate ruhende Machtstellung; das Zentrum und die Splitterparteien verteidigten die demokratische Diktatur, die den Einfluß der sozialdemokratischen Partei Schritt für Schritt zurückgedrängt hatte; die Kommunisten kämpften, um die klassenbewußten Marxisten beider Lager unter der Sowjetfahne zu vereinigen; die Deutschnationalen kämpften, um die nationalistischen Stimmen zu sammeln, und die Nationalsozialisten griffen an, um die Macht für sich zu erobern.

Die Person Hindenburg stand über dem Getümmel, es ging nicht um sie, aber ein tragischer Schimmer umfloß die ragende Gestalt des greisen Mannes, der zum Repräsentanten des deutschen Volkes geworden war und nun den Parteien im Kampfe der Generationen als Richtpunkt dienen mußte. Wäre er nicht so tief in seinem Pflichtgefühl verankert gewesen und so sehr davon überzeugt, daß er den Platz nicht räumen durfte, auf dem ihm, wie es auch kommen mochte, in dem kritischsten Augenblick doch die Entscheidung noch in die Hand gegeben war, so hätte er damals sicher seinen Rücktritt genommen. Auch er ging einen Schicksalsweg.

In diesem Wahlkampf hat Adolf Hitler, ganz Deutschland im Kraftwagen und im Flugzeug durcheilend, die deutsche Jugend fasziniert und aber Tausende durch die Leidenschaft seines Wortes und den Einsatz seiner Persönlichkeit für sich gewonnen.

Die Wahl fand am 13. März statt. Als die Stimmzettel gezählt wurden, trugen 18,6 Millionen den Namen Hindenburgs und 11,3 Millionen den Namen Hitlers. Für den Kommunisten waren

4,9 und für Dösterberg 2,5 Millionen abgegeben worden. Die Wahl war nicht zustande gekommen, aber Hindenburg so gut wie gewählt. Hierin kam das statische Moment des Vorgangs zum Ausdruck. Das dynamische Moment wurde durch den Vormarsch der Nationalsozialisten bestimmt. Die Partei hatte ihre Stimmenzahl nahezu verdoppelt, Adolf Hitler war als der „Dauphin der Republik“ aus dem Wahlkampf hervorgegangen.

Der zweite Wahlgang bestätigte Hindenburgs Wahl mit 19,36 Millionen Stimmen, aber Hitler trug 13,42 Millionen davon. Dösterberg war schon vorher zurückgetreten. Hugenberg hätte die 2,5 Millionen Stimmen, die den eisernen Bestand der deutschnationalen Partei darstellten, weder für Hindenburg noch für Hitler einsetzen können. Da seine politische Uder nicht so stark schlug, daß er sich selbst zum Opfer gebracht hätte, war das der einzige Ausweg, der ihm noch blieb. Die deutschnationale Partei war fortan auf sich selbst angewiesen und machte aus dieser Not eine Tugend. Hugenberg hat in richtiger Erkenntnis der Lage sofort zum Kampf um Preußen aufgerufen, um die erlittene Niederlage vergessen zu machen, aber das Schicksal der Partei konnte er nicht mehr wenden. Der Nationalsozialismus ging auch aus den Neuwahlen zum Preußischen Landtag als Sieger hervor.

Am 24. April zogen 162 Nationalsozialisten in den neuen Landtag ein, während die Deutschnationalen nur noch 31 Sitze errangen. Das Zentrum behauptete sich mit 67 Mandaten, die Sozialdemokraten fielen auf 83 Sitze zurück. Die Kommunisten stiegen auf 57 Mandate. Die kleineren Parteien wurden völlig aufgesplittert.

Wo auch in deutschen Landen gewählt wurde, überall trat derselbe hinreißende Zug ins Bild. Der Nationalsozialismus war zur vorherrschenden Bewegung geworden, durch ganz Deutschland ging der Siegeszug seiner flammenden Fahnen.

*

Aber der Machtwechsel vollzog sich nicht so rasch zugunsten der vorstürmenden Bewegung wie dieser Siegesgang, denn Hitler war und blieb auf den legalen Weg verwiesen, den er selbst als den richti-

gen erkannt hatte, und dieser zog sich in langen, unübersehbaren Windungen durch die Gründe und Klüfte der deutschen Politik. Die Partei war stark genug, ihn allein zu gehen, aber sie lebte in der Ungeduld, die jeder jungen radikalen Partei im Blute sitzt, und es bedurfte der ganzen Führerkraft Hitlers, sie im Gleichschritt zusammenzuhalten. Jetzt lohnte sich die Organisation der Partei als einer soldatisch erzogenen Gemeinschaft und die primitive Fassung ihres Programms auch im Ringen mit sich selbst. Sie nahm Verbote und Behinderungen gelassen hin, und ihre Führerschaft trug alle auftauchenden Differenzen über die zu befolgende Taktik im engern Kreise aus, ohne daß Hitler die Zügel aus den Händen verloren hätte. Je näher man dem Ziele kam, desto mehr mußte er darauf bedacht sein, Grundsätzlichkeit mit Geschmeidigkeit zu vereinigen und den Griff nach der Macht weder zu versäumen noch zu überstürzen, noch sich in eine Verteilung der Macht einzulassen, die ihm die Bewegungsfreiheit raubte. Dieser letzte ausschlaggebende Kampf um die Macht hat nach dem Plebiszit noch 21 Monate gedauert. Er ist nicht für sich, sondern aus der ganzen Entwicklung heraus geführt worden, in die der Nationalismus als das treibende Element verwoben war.

Doch der nächste Anstoß zur Erschütterung des Kabinetts Brüning, das durch den Ausfall der Präsidentenwahl scheinbar wieder gestärkt worden war, ist nicht von den Nationalsozialisten ausgegangen. Das Kabinett Brüning fiel nicht von der Opposition im Kampf niedergerungen, sondern zerbrach an seiner konstitutionellen Schwäche.

Das Zentrum, das die Grundstellung des ersten Kabinetts Brüning gesichert hatte und dem zweiten Kabinett als Rückhalt diente, war aus den Wahlen unerschüttert hervorgegangen, aber es war nicht mehr in sich geschlossen. Der von der katholischen Aristokratie und Industrie geführte rechte Flügel und der von christlich-sozialen Tendenzen beherrschte linke Flügel waren von alters auf einen Ausgleich angewiesen. Die Zerreißung des Volkes in eine national-revolutionäre Rechte und eine sozial-revolutionäre Linke hatten diesen Ausgleich immer schwieriger gestaltet, denn selbst das Zentrum konnte sich diesen von außen wirkenden und nach außen drängenden Kräften

nicht ganz entziehen. Die Anlehnung nach links war die gegebene, die Anlehnung nach rechts mußte gesucht werden. Nach links wirkte sich die schon im Weltkrieg hergestellte Bindung aus. Die Anlehnung nach rechts blieb stets von den Umständen abhängig und ist zuletzt ganz verloren gegangen. Brüning konnte sie nicht mehr wahrnehmen, weil die Entwicklung jeden Versuch in dieser Richtung hinter sich ließ.

So kam es, daß die Partei in einer Schlüsselstellung gefangen blieb, die nur so lange behauptet werden konnte, als über ihren Wert Einigkeit bestand und Brünings überparlamentarisches Kabinett Hindenburgs Vertrauen genoß. Diese beiden Faktoren, die Einigkeit der Partei und das Vertrauensverhältnis Brünings zu Hindenburg, mußten zusammenwirken, um die künstlich geschaffene Lage zugunsten des Zentrums dauernd festzulegen. Dann konnte man vielleicht nach der Unterwerfung der Sozialdemokratie unter das Diktat Brünings die Front wieder allmählich nach rechts verlängern und am Ende doch noch den Anschluß an die nicht-revolutionäre Rechte vollziehen, sofern die Entwicklung nicht noch stürmischer verlief und die Deutschnationalen nicht dauernd in der Abkehr verharrten. Aber auch das war ein Spiel auf lange Sicht, und es blieb an die Unterbindung jeder revolutionären Erhebung, kam sie von rechts oder von links, geknüpft. Es war kein Spiel der zwölften Stunde.

Schon als es um Hindenburgs Wiederwahl ging, waren im Schoße der Partei Zweifel an der Richtigkeit einer Politik aufgetaucht, die das Zentrum immer weiter von der Rechten absetzte und besonders in Preußen zu einem Rindominium mit der Sozialdemokratie geführt hatte, das eine schwere Belastungsprobe darstellte. Das Kabinett Braun-Severing nützte die Herrschaft Brünings im Reiche allzusehr aus, um Preußen der Sozialdemokratie zu erhalten. Als einer der ersten Zentrumsmitglieder, die diesem Zug nach links absagten, war Franz von Papen hervorgetreten. Er hatte den Bedenken, die in den rheinisch-westfälischen Adels- und Industriekreisen der Partei umgingen, unverhohlen Ausdruck geliehen und sich zu einem Kurs bekannt, der nach rechts führen sollte, ohne das Steuer aus den Händen zu geben. Dieser Kurs sollte auf das

konervative Element gegründet werden und in einem stärker zu festigenden Vertrauensverhältnis zu Hindenburg den bestimmenden Ausdruck finden. Es war klar, daß ein solcher Kurswechsel das Schiff völlig aus der Bahn werfen und in klippenreiche Gewässer führen konnte, daß vor allem die parlamentarische Lage dadurch nicht gebessert, sondern völlig zerrüttet wurde, aber der Gedanke, aus dem Turm hervorzubrechen, die Bindungen zu lösen und die Macht ganz aus der Machtfülle des Reichspräsidenten abzuleiten, war verführerisch. Wohin er führte, das freilich war eine Frage an das Schicksal, die niemand beantworten konnte, da elementare Kräfte im Spiel waren.

*

Brüning stand diesen Dingen kühl gegenüber. Er war nicht gesonnen, sich von einer Politik abdrängen zu lassen, über die er im stillen Kämmerlein und in tiefem Grübeln mit sich zu Räte ging. Er war fest davon überzeugt, daß er sich auf dem richtigen Wege befand und begehrte nichts als Zeit, um sein Werk zu Ende zu bringen. Brüning war kein Improvisator, und er hat nie auf das Glück gesetzt.

Das Spiel von langer Hand, in das er alle Wechselfälle einbaute, die in der innern und äußern Politik auf ihn einstürzten, hatte ihm im April 1932 manche Enttäuschung gebracht, aber das war für ihn kein Grund, es für falsch zu halten. Und nun reifte ihm in der äußern Politik endlich ein langgesuchter Erfolg. Er konnte Deutschlands Forderung nach Gleichberechtigung vor der Abrüstungskonferenz zu Gewicht bringen, die nun in die entscheidende Phase eintrat. Der ganze Weltaspekt wurde noch einmal von Genf her bestimmt.

Als die Mächte am 11. April zur Wiederaufnahme der Abrüstungskonferenz zusammenkamen, waren sie sich im klaren, daß die zum Kardinalproblem der Weltpolitik gewordene Abrüstung nicht länger durch theoretische Erörterungen gewährleistet werden konnte. Jetzt mußten die Fronten abgesteckt werden, auf denen sie den Kampf zu führen trachteten. Die im Winter bezogenen Stellungen bildeten nur noch den Ausgangspunkt, von dem man zur Schlacht im offenen Feld ausrückte.

Diesmal war Italien im Vorsprung. Es hatte eine Denkschrift eingesandt, die bestimmte Abrüstungsvorschläge enthielt, und vor allem die Zerstörung der schweren Artillerie, der Tanks, der großen Linienschiffe, der Tauchboote, der Flugzeugmutterschiffe, der Luftschiffe und Bombenflugzeuge und das Verbot der Giftgase forderte, und war dadurch der hochgespannten französischen Rüstung gefährlich geworden. Als Amerika die erste Sitzung benützte, um ebenfalls einen konkreten Vorschlag zur Abrüstung vorzulegen, der die Abschaffung der schweren Angriffswaffen zum Ziel hatte, sah Frankreich sich in die Verteidigung gedrängt. Die Offensive, die Cardieu im Februar unternommen hatte, war gebrochen.

Aber auch diese Vorschläge entbehrten der tragenden Grundlage. Die Begriffsbestimmung der Angriffswaffen blieb eine Streitfrage, und die Abschaffung dieser Waffen sagte nichts über Deutschlands Gleichberechtigung aus, das zwar selbst keine solchen Waffen besaß, dessen Entwaffnung sich aber nicht auf diese Waffen allein erstreckt hatte.

Frankreich wechselte angesichts dieser Vorstöße sofort das Feld. Statt sie zu bekämpfen, stellte es durch den Mund Cardieus die programmatische Behauptung auf, die Konferenz sei nicht zusammengetreten, um eine Waffenordnung festzusetzen, sondern um den Frieden zu organisieren. Das sei ihre bestimmende, vordringliche Aufgabe. Der Franzose manövrierte also, um Frankreich als Streitmacht des Völkerbundes in Erinnerung zu rufen, und forderte dann ausdrücklich die Aufstellung einer internationalen Armee zur Bekämpfung eines den Frieden brechenden Angreifers. Dahinter stand nichts anderes als die Zurückforderung der französischen Vormachtstellung auf dem Kontinent.

Vergebens griff der Russe ein, um das Gespräch auf die konkreten Abrüstungsvorschläge zurückzulenken. Litwinow schlug in die von Italien gehauene Kerbe und verlangte, wie Grandi getan, die Abschaffung der schweren Angriffswaffen. Er forderte außerdem eine wesentliche Herabsetzung der Heeresstärken und die Verkündung des Grundsatzes der Gleichberechtigung, aber er konnte dadurch die französische These nicht beiseiteräumen.

Als Amerika verlauten ließ, daß es sich nur für die Abrüstung zu

Wasser einsetzen werde, erschien Frankreichs Stellung aufs neue gestärkt. Cardieu stieß sofort nach und forderte nun statt der Zerstörung die Internationalisierung der schweren Waffen und die Unterstellung der Verkehrsluftfahrt unter internationale Aufsicht und den Völkerbund. Dann kam seine Gegenoffensive zum Stehen. Die Problematik der Verhandlungen schien aufs neue erwiesen.

Doch nun ereignete sich etwas Neues. Brüning und Simon waren erschienen und griffen vor und hinter den Kulissen in die Verhandlungen ein. Es war ein Spiel mit verteilten Rollen, in dem der Engländer die von seiner Natur diktierte Vorsicht walten ließ. Aber er wurde von dem nicht weniger klugen, zäheren Deutschen doch soweit vorwärts gestoßen, daß die Gleichberechtigung Deutschlands, wenn auch nur mittelbar, so doch grundsätzlich Anerkennung fand. Das geschah durch eine sowohl von England als auch von Italien unterstützte Erklärung, in der die Bestimmungen des Vertrags von Versailles als wegleitend und vorbildlich für die allgemeine Abrüstung bezeichnet wurden.

Da warf sich Frankreich noch einmal mit dem vollen Gewicht seiner Bündnisse ins Treffen und führte seine nun ganz auf die Internationalisierung der Abrüstung gerichtete Sache so, daß England zu einem neuen Vermittlungsantrag flüchtete. Dieser bezog sich auf die qualitative Abrüstung, die in der Abschaffung der schweren Angriffswaffen gefunden wurde. Er besagte, daß dieser Grundsatz angenommen werde, indem diese Waffen entweder für alle Staaten verboten oder durch ein allgemeines Abkommen internationalisiert würden.

England hatte also das von Amerika, Italien, Deutschland und Rußland geforderte Verbot und die von Frankreich geforderte Internationalisierung durch ein Entweder-Oder in Verbindung gebracht und hat durch diesen salomonischen Spruch den Areopag befriedigt. Aber entschieden war dadurch nichts. Doch konnte Frankreich mit dem Spruch am zufriedensten sein, denn es war ihm gelungen, seine schweren Waffen hinter den Völkerbund zu retten. Es hatte also im Kampf um seine Sicherheit, die ja seine ganze Politik beherrschte, einen Erfolg erzielt, der ihm mindestens Zeitgewinn gewährleistete. Aber er war in der Defensive errungen worden, und

dahinter drohte die endgültige Auseinandersetzung mit Deutschland, das nun das Prinzip der Sicherheit durch das Prinzip der Gleichberechtigung bekämpfen konnte.

Nun trat Brüning mit der Forderung nach Gleichberechtigung vor Amerika und England. Tardieu war nach Paris abgereist, um sich jedem weiteren Zugeständnis zu entziehen, und hatte dadurch zu erkennen gegeben, daß Frankreich seine Stellung zu behaupten gedachte. Deutschland mußte also nun seine eigene Position soweit verstärken als es irgend konnte. Dazu war Brüning um so eher imstande, als er sich von der nationalen Bewegung getragen fühlte. Die Wahl des Reichspräsidenten und die Länderwahlen, die von dem Anschwellen der Opposition so beredte Kunde gaben, stärkten dem leitenden Staatsmanne, der das Reich über einem Abgrund in der Schwebe hielt, die Hand zum Vorstoß in der äußern Politik. Er hatte lange gewartet und im Geduldspiel schrittweise Raum gewonnen, nun tat er den entscheidenden Zug. Am 26. April 1932 forderte Brüning in einer Besprechung mit dem Amerikaner Stimson und dem englischen Ministerpräsidenten Macdonald Gleichberechtigung für Deutschland in der Abrüstungsfrage und wies zugleich darauf hin, daß 100 000 Mann Reichswehr nicht genügten, die Sicherheit Deutschlands zu verbürgen. Er rüttelte zum ersten Male an dem in Versailles über Deutschland verhängten Bann.

Macdonald und Stimson sahen sich dadurch vor eine Antwort gestellt, der sie nicht länger ausweichen konnten. Sie einigten sich auf eine diplomatische Fassung, in der sie erklärten, daß die Gleichberechtigung eine grundsätzliche Frage des Rechts und der Gerechtigkeit darstelle, und suchten Brünings Vorstoß dadurch abzuschwächen, daß sie die im Vertrag von Versailles niedergelegte Heeresstärke als die Norm bezeichneten, die einem Staate von Deutschlands Umfang und Größe zukomme. Danach wären also auch die Kontingente der einzelnen Staaten zu errechnen, soweit sie nicht für die Verteidigung der Kolonien bestimmt seien.

Als Brüning die Normierung der Deutschland zugebilligten Heeresstärke auf 100 000 Mann nicht gelten ließ und darauf hinwies, daß der Vertrag von Versailles Deutschland nicht die zur Verteidigung notwendige Heereskraft gelassen, sondern es entwaffnet

habe, kam die Besprechung auf den kritischen Punkt. Nun konnten Macdonald und Stimson sich der Erkenntnis nicht mehr verschließen, daß die Konferenz unlöslich mit einer Verständigung Deutschlands und Frankreichs verknüpft war, die bis zur Einigung über die Grundsätze Sicherheit und Gleichberechtigung und deren zweiseitige Anwendung gefördert werden mußte. Geling dies nicht, so war der Liebe Müß' umsonst. Stimson versuchte daher Tardieu zu bewegen, nach Genf zurückzukehren, um eine Aussprache herbeizuführen. Aber der Franzose versagte sich. Er berief sich auf seine erschütterte Gesundheit und blieb zu Hause. Macdonald stellte darauf Englands Standpunkt in der Abrüstungsfrage öffentlich fest, indem er in einer Rede erklärte, daß die Sicherheit durch die Abrüstung erreicht werden mußte und daß England an einer Völkerbundsarmee kein Interesse habe. Ansehen und Macht des Bundes könnten nur durch Verträge und Vereinbarungen gestärkt werden. England wolle den Frieden und eine gleiche Verteilung der Rechte.

Diese Erklärung war zwar stark im Verneinen, aber in der Anerkennung der Prinzipien so dehnbar, daß sie den englischen Diplomaten genügend Spielraum ließ, Deutschlands Forderung zum Gegenstand neuer Verhandlungen mit den Franzosen zu machen. Penelope-Macdonald hatte das Gewebe wieder ein Stück weit aufgetrennt, um Frankreich entgegenzukommen und Deutschland nicht zu viel zuzugestehen. Frankreich behauptete seine Stellung, indem es sich nicht zur Schlacht stellte, Deutschland sah sich auf die theoretische Anerkennung der Gleichberechtigung zurückgedrängt. Um so stärker fiel Brüning's Erklärung über die Notwendigkeit einer Vermehrung der Reichswehr ins Gewicht. Sie bildete das einzige Druckmittel, das die Konferenz noch vom Fleck bewegen konnte. Deshalb wurde diese auch abermals vertagt. Alle rechneten auf Zeitgewinn, nur der, dem die Zeit davonlief, kam dabei zu Schaden. Das war nicht Deutschland, sondern der Reichskanzler Brüning.

Deutschland sah sich zwar bei der Wiederaufnahme der Konferenz in die Abwehr gedrängt und einer französischen Offensive ausgesetzt, die auf die praktische Verleugnung der Gleichberechtigung ausging, kämpfte aber um jeden Fußbreit des im April errungenen Bodens.

Wie vorauszusehen war, wandte Frankreich sich nun gegen die Begriffsbestimmung der schweren Angriffswaffen, um seine Artillerie und seine Flugwaffe vor dem englischen „Entweder-Oder“ — also vor Zerstörung oder Internationalisierung — zu bewahren. Es begründete dies abermals mit der Sicherheit, deren Komponenten durch die schwere Artillerie mitbestimmt würden, und erklärte, daß es einem Verbot dieser Waffen niemals zustimmen könnte.

Sein Widerstand erstreckte sich auch auf die Beratungen über die Abrüstung zu Wasser und in der Luft und ließ erkennen, daß das inzwischen zur Macht gelangte Kabinett Herriot durch seine Linksrichtung nicht gehindert wurde, die äußere Politik nach den Prinzipien der hegemonisch verankerten Sicherheitspolitik zu gestalten. Bestimmend aber blieb, daß Frankreich jede Bezugnahme auf das im Vertrag von Versailles niedergelegte Abrüstungsversprechen und die dort aufgestellten Entwaffnungsvorschriften ablehnte. Es wollte die politische Grundfeste des in Versailles neugeschaffenen, auf die Ohnmacht und Niederhaltung Deutschlands gegründeten Okzidents nicht antasten lassen.

Vergebens griffen die Vereinigten Staaten von Amerika ein, indem sie kurz gefaßt eine Herabsetzung der Rüstungen um ein Drittel vorschlugen und sich dabei auf die Macdonaldsche These von der im Vertrag von Versailles aufgestellten Norm des auf 100 000 Mann berechneten deutschen Heeres stützten — man kam nicht mehr vom Fleck. Frankreichs Sicherheitsthese beherrschte das Feld, an ihr zerstiess sich jede Forderung, denn sie war stärker als alle auf Abrüstung drängenden Begehren. Da absolute Sicherheit nie gewährleistet werden kann, blieb die Bestimmung der relativen Sicherheit ja ganz in die Hand des Sicherheit Fordernden gegeben.

*

Brüning hat sich an dieser Wanderung durch den Irrgarten der Abrüstungskonferenz nicht mehr beteiligt. Er war Ende April nach Berlin zurückgefahren, und im Juni, als diese Erörterungen die Genfer Sphäre mit neuen Spannungen erfüllten, nicht mehr Reichskanzler; er hat die Tributkonferenz, die am 10. Juni in Lausanne

zusammentrat und auf der er die Erfüllungspolitik zerbrechen wollte, nicht mehr als leitender Staatsmann erlebt.

Als Brüning nach Berlin zurückkehrte, fand er die innerpolitische Lage noch weiter zugespitzt. Er sah sich gezwungen, gegen Rechts und gegen Links zu regieren, um die Sanierung der Finanzen durchzuführen, und hatte von der Abrüstungskonferenz keinen Erfolg mitgebracht, der so laut ausgerufen werden konnte, daß er seine Gegner versöhnt oder zu einem Stillstand der Waffen bewogen hätte. Die Opposition der Rechten ließ sich durch diplomatische Erfolge, die erst in der Zukunft ausgewertet werden konnten, nicht mehr beschwichtigen.

Der Sturz des Wehrministers Gröner leitete die Regierungskatastrophe ein. Gröner hatte sich verführen lassen, einseitig die SA- und SS-Formationen zu verbieten, dem sozialdemokratisch eingestellten Reichsbanner aber den Weg freigegeben und sich dadurch nicht nur in einen Gegensatz zur Opposition, sondern auch zu der Heeresleitung gebracht. Er mußte daraus am 12. Mai die Folgerungen ziehen, blieb aber als Reichsminister des Innern im Kabinett, das einen Doppeltsturz nicht überlebt hätte. Vergebens suchte Brüning die Nationalsozialisten nun zu seiner Regierung in Beziehung zu bringen. Wieder stieß er sich an Hitlers Forderung, daß zuerst Neuwahlen zum Reichstag ausgeschrieben werden müßten, wund. Er regierte also nur noch auf Hindenburg gestützt.

Da traf ihn der entscheidende Schlag von dieser Seite. Der Reichspräsident war nach Ostpreußen gefahren und dadurch dem persönlichen Einfluß des Kanzlers entrückt. Er hatte die Entwicklung, die ihn mehr und mehr von der Rechten abdrängte, mit steigendem Befremden über sich ergehen lassen und seinen Namen nur noch nach Überwindung starker innerer Hemmungen unter die Dekrete Brünings gesetzt. Zweifel war in ihm aufgetaucht, aus Hoffnungen und Befürchtungen gemischt. Wo war das Deutschland, das er so oft zur Einigkeit aufgerufen hatte? Und vom wem ging die große Sammlung aus, die dieser Einigkeit Voraussetzung war? War der Ruf „Deutschland erwache!“, der tausendstimmig von Hitlers Anhängern erhoben wurde, wirklich der Ruf einer Partei, die Deutschland nicht zu Atem kommen lassen wollte? War der Mann, der 400 000 Männer

als Parteifolddaten zum Kampf gegen den roten Schrecken aufgerufen hatte, wirklich nur ein Antiterrorist und nicht mehr? Stand nicht in diesen Reihen und in den Bünden des Stahlhelms und der deutschnationalen Jugend alles zur Errettung Deutschlands bereit? Noch war Brüning der Kanzler, dem er vertraute, weil dieser den Reichstag meisterte, den Schutt abtrug, der Erfüllungspolitik das Grab schaufelte und wirklich regierte; aber auf der anderen Seite stand — er hatte es am Tage seiner Wiederwahl erfahren — nahezu die Hälfte der Nation, stand morgen vielleicht schon mehr als die Hälfte. Konnte diese etwas anderes wollen? Gab es keinen Weg, diese Widersprüche zu versöhnen? — Er fuhr beschwerten Herzens, aber dem Kanzler seines Vertrauens noch verbunden, nach Neudeck.

*

Der Reichspräsident hatte Urlaub genommen, weit dahin lag Berlin. Die Kanzleien waren in den Boden gesunken. Der Lärm entschloß, die Wälder Masurens rauschten um ihn her. Der Landedelmann, der alte Soldat war bei sich eingekehrt — und nun war alles anders. Seine Standesgenossen kamen zu Wort, die Not der Bauern, die seit dem letzten halben Jahr ins Unendliche gestiegen war, sprach zu ihm, die Verlassenheit einer zur Insel gewordenen Provinz griff ihm ans Herz. Er sah jetzt alles von seiner Scholle aus und ging mit sich zu Rate. Als ihm eine Denkschrift übergeben wurde, in der gegen die von der Regierung geplante Zwangsversteigerung des verschuldeten Großgrundbesitzes zugunsten bäuerlicher Siedler Einspruch erhoben und nachgewiesen wurde, daß der ostpreussische Adel dadurch vertrieben und dem Reiche unerschwingliche Kosten auferlegt würden, ohne daß der Provinz geholfen worden wäre, da kam ihm zum Bewußtsein, daß er innerlich nicht mehr mit der Regierung seines Vertrauens übereinstimmte. Er hatte nur wenige Tage in Neudeck bleiben wollen — jetzt nahm er Urlaub bei sich selbst und brachte seine Zweifel ins reine. Er wollte sich nicht von dem Mann aus Braunau das Gesetz vorschreiben lassen, aber er wollte auch nicht mit Links gegen Rechts regieren, lief doch die Trennungslinie, wie ihm klar gemacht wurde, schon durch

die Partei dieses Kanzlers der Linken. Er konnte also nicht mehr im Besitze der Panazee zur Abstellung aller Leiden sein.

Am schlimmsten war die Lage in Preußen, wo die Neuwahl des Landtages ein wahres Chaos heraufbeschworen hatte. Die Sozialdemokraten hatten noch am Vorabend der Wahlen in Voraussicht der kommenden Niederlage einen Landtagsbeschuß herbeigeführt, der die Geschäftsordnung änderte und ihnen erlaubte, im Besiße der Macht zu bleiben, wenn die Opposition nicht die absolute Mehrheit für sich gewann. Es war nur ein Kniff, aber gerade das machte das Verfahren so anstößig, daß die Änderung selbst bei der schwarz-roten Koalition nur mit einer Stimme Mehrheit Annahme fand. Zwei Zentrumsleute, Pape und Linneborn, hatten den Saal vor der Abstimmung verlassen. Aber der Kniff tat seine Schuldigkeit. Das Kabinett Braun-Severing blieb als geschäftsführende Regierung im Amte und stützte sich auf die Sozialdemokraten, die Kommunisten und das nun zwangsweise verpflichtete Zentrum, das durch seine Willfährigkeit den Sturz des Reichskanzlers durch die Sozialdemokraten im Reichstag verhindern mußte. So war eine Lage entstanden, die jeder Entwicklung spottete und weder durch das Faustregiment Severings noch durch Saalschlachten im preußischen Landtag bereinigt werden konnte.

War Brüning unter diesen Umständen noch fähig, sein Kabinett zusammenzuhalten oder Anschluß nach rechts zu suchen? Konnte er noch hoffen, die inneren Wirrnisse so lange in Kauf zu nehmen und, über dem Chaos schwebend, seine Reformen durchzuführen, bis ihm die Herstellung einer breiteren Grundlage glückte? Konnte er noch als Kanzler vor der Abrüstungskonferenz erscheinen, um mit diesem Chaos im Rücken das erlösende Wort zu sprechen, den Youngplan zerreißen und mit ihm die Erfüllungspolitik begraben?

Als Hindenburg dies erwog, wurde ihm klar, daß er selbst als Hüter des Reiches nur noch die Wehrmacht zu seiner Verfügung hatte, jene einst belächelten, jetzt gefürchteten 100 000 Mann, deren Organisation und Ausbildung den französischen Generalstab nicht mehr schlafen ließ. Aber auch dieses Instrument, das im Ruhrgebiet, in Sachsen und Thüringen schon im Bürgerkrieg erprobt worden war, als es galt, die großen kommunistischen Aufstände

niederzuschlagen, war von dem heraufziehenden Gestaltwandel nicht unberührt geblieben. Konnten diese 100 000 Mann in den Straßenkampf geführt werden, wenn man nicht mehr wußte, unter welchen Fahnen der Genius Deutschlands wohnte? Durfte diese letzte Machtreserve der Staatsgewalt überhaupt eingesetzt werden? Verlor sie nicht gerade dadurch ihren Wert, ihre innere Kraft und ihre nach außen wirkende Stärke? Stand sie nicht schon allein, beinahe vereinsamt in ihrer soldatischen Stummheit wie aus der Nation herausgesetzt? Und doch war das noch ein Glück, war doch sogar der Stahlhelm vom politischen Getriebe verschlungen worden, der Stahlhelm, in dem der Reichspräsident so lange das letzte nationale Aufgebot erblickt hatte!

Die Rolle, zu der General Gröner gedrängt worden war, zeigte, wie weit die Verwirrung schon griff. Konnte das Wehrministerium noch einem anderen anvertraut werden als einem aus der Reichswehr hervorgegangenen General, und wem konnte dieser noch Order parieren außer dem Reichspräsidenten, der die letzte und schwerste Verantwortung trug, der diese Verantwortung über die Verfassung hinaus auf sich genommen hatte, als er dem Kanzler seines Vertrauens den Rücken stärkte und sich breit in die Bresche stellte, die das Parteienregiment selbst in die Verfassung geschlagen hatte?

Das war's, was der alte Mann auf Neudeck bedachte, damit mußte er fertig werden, bevor er nach Berlin zurückkehrte. Als Hindenburg in den letzten Maitagen wieder in der Reichskanzlei einzog, kamen ihm die Entscheidungen auf der Schwelle entgegen. Er ist ihnen nicht aus dem Wege gegangen.

Am Tage vor Hindenburgs Rückkehr war von dem Reichsgerichtshof in Leipzig entschieden worden, daß die Klage des preussischen Ministers des Innern Severing, wonach die nationalsozialistischen Sturmabteilungen Landesverrat geübt hätten, abzuweisen sei. Dieser Entscheid fiel auch zuungunsten Grönners, der das Verbot der SA als Reichsminister des Innern auf Severings Unterlagen gegründet hatte. Auf diesen Entscheid gestützt forderte Hitler den Rücktritt beider Minister.

Brüning trat mit bestimmten Vorschlägen vor den Reichspräsidenten, um diesen Ansturm zu brechen. Er erschien schon am Tage

der Rückkehr bei Hindenburg. Noch fühlte er die Zügel in seiner Hand, noch war er davon überzeugt, daß er die zwölfte Stunde nützen könne und dem Schlag der Uhr zuvorkommen. Er hatte die große Steuerverordnung fertiggestellt, die 620 Millionen erbringen sollte, die Kriegszinsen gekürzt und wollte eine Prämienanleihe zur Finanzierung der Arbeitsbeschaffung auflegen. Er wußte, daß solche Verordnungen ihn bei der Masse des Volkes nicht beliebt machten, aber die Staatsraison forderte ihr Recht. Hätte eine große Volksbewegung hinter ihm gestanden, so wäre ihm seine Aufgabe leicht geworden. Da die Bewegung gegen ihn stand, kam er nicht vom Fleck. Aber er wollte noch mehr: einen General der Reichswehr als Wehrminister berufen, Gröner als Minister des Innern behalten und sein Kabinett endgültig auf die präsidiale Basis stellen. Er war entschlossen, seinen Weg zu Ende zu gehen, und sah das Ziel schon winken. Es lohnte sich, für dieses Ziel zu kämpfen. Daß Hindenburg nicht aus Arkadien kam, sondern aus der Wetterecke Deutschlands zurückkehrte, wußte er, aber daß er in ihm nicht mehr die Stütze und den Schützer seiner Politik finden werde, das war ihm nicht bewußt. Er trug sich mit Plänen, nicht mit Ahnungen, und brachte diese Pläne zum Vortrag.

Da stieß er auf Einwendungen, auf Widerstand, auf Ablehnung und auf Forderungen, die der Reichspräsident kraft des ihm verliehenen Amtes und der ihm zugewachsenen Machtvollkommenheit geltend machte. Hindenburg verlangte die Vorlage einer neuen Steuerverordnung, den Verzicht auf die Zwangsenteignung des Großgrundbesitzes, den Rücktritt Gröners, die Einbeziehung der Opposition in das Kabinett und einen grundsätzlichen Wandel der inneren Politik.

Es kam kaum zu einer Aussprache, so hart stießen sich plötzlich die Gegensätze. Sie waren allein, der frühlingschütterte Park stand vor den Fenstern, Hindenburg sprach ernst und schwer, voller Groll, Brüning, im Innersten erregt, wog seine Worte. Beide blieben auf ihrer Meinung.

Es war eine kurze, schon im Entstehen zum Abbruch reisende Auseinandersetzung, eigentlich schon mehr ein Auseinandergehen. Als Brüning von Hindenburg zurückkam, war alles zu Ende. Er

rief am nächsten Morgen sein Kabinett zusammen, ließ den Rücktritt beschließen und unterbreitete diesen dem Reichspräsidenten. Es wurde kein Wort mehr zwischen den beiden Männern gesprochen. Sie trugen beide den Kopf auf starkem Nacken.

Brüning war gestürzt. Mit ihm stürzte nicht das System, das von ihm selbst Stück für Stück abgebrochen worden war, um die Macht in der Hand einer autoritären Regierung zu vereinigen, sondern nur der Staatsmann, der nicht über diese Entwicklungsstufe in die Zukunft schreiten konnte, weil die Gewalten, die in der Volkstiefe entfesselt worden waren, sich gegen ihn gewandt hatten.

Parlament und Präsidialgewalt

Die Parteien sahen sich durch den Rücktritt Brüning's samt und sonders vor eine neue Lage gestellt. Unmittelbar gefährdet fühlte sich die Sozialdemokratie, die, längst entwurzelt und von ihren Prinzipien abgelenkt, den letzten Halt verloren hatte und nun in eine Opposition getrieben wurde, die sie nicht mehr mit Geist und Kraft erfüllen konnte. Damit ist zugleich gesagt, daß sie fortan auch nicht mehr als Ballast im Schiffsraum verwendet werden konnte wie zu Brüning's Zeiten. Ganz anders war die Lage der Zentrumspartei. Sie, die gestern noch den festen Pol der Regierungspolitik gebildet hatte, sah sich plötzlich beiseitegesetzt, ohne daß sie ihren Standpunkt verrückt hätte. Ihre Schlüsselstellung war unerschüttert, aber die Fronten hatten sich verschoben, und die Partei war nun gezwungen, nach der anderen Seite aufzumarschieren. Da Brüning nicht vom Parlament gestürzt worden war, kam das auf einen Stellungswechsel hinaus, der parlamentarisch gar nicht ausgenutzt werden konnte, sofern nicht parlamentarisch regiert wurde.

Die Deutschnationalen waren in besserer Lage. Aber auch sie konnten daraus nur dann eine tragende Rolle ableiten, wenn sie zur Regierung berufen wurden und in dieser die Unterstützung der Nationalsozialisten fanden. Sie waren schon zu sehr geschwächt, um in die Rolle des Zentrums einzurücken und die Splitterparteien an sich zu fesseln. Daran aber, daß sie die Nationalsozialisten ähnlich „manövrieren“ konnten, wie Brüning dies, auf das Zentrum ge-